

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1975**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

**AUGUST**

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



## INHALT

---

### Ernteaussichten 1975

- 165 Nach dem Stand von Ende Juli/Anfang August werden für die wichtigsten Fruchtarten Prognosen für die zu erwartenden Erträge gestellt. Sie basieren auf dem bisherigen Witterungsverlauf und auf den von den Ernteberichterstellern vorgenommenen Beurteilungen und Vorschätzungen. Die Aussagen setzen einen normalen Witterungsverlauf insbesondere für die Monate August und September voraus.

---

### Studien- und Berufswünsche 1975

- 169 Der Trend zum Studium nach Erlangung des Abiturs ist rückläufig. Sowohl relativ als auch absolut ist die Zahl derjenigen Schüler in Abschlußklassen von Gymnasien und Fachoberschulen gesunken, die sich an einer Hochschule immatrikulieren wollen.

---

### Kreislaufkrankheiten als Todesursache 1968 - 1974

- 171 Waren es früher die Infektionskrankheiten, welche den stärksten Einfluß auf die allgemeine Sterblichkeit ausübten, so sind es heute vor allem die Krankheiten des Kreislaufsystems. Diese sind neben dem Krebs an die Spitze der Todesursachen getreten.

---

### Modernisierung im Wohnungsbau

- 175 Die Notwendigkeit einer verstärkten Modernisierung von Altbauwohnungen führte zu der Aufstellung eines gemeinsamen Modernisierungsprogramms von Bund und Ländern. Aus dem Rheinland-Pfalz 1975 ein Betrag von 16,38 Mill. DM zusteht.

---

### Hochbautätigkeit 1974

- 178 Die konjunkturelle Abschwungsphase, durch welche die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik 1974 gekennzeichnet war, hat neben anderen Industriezweigen vor allem die Bauwirtschaft in erheblichem Umfang getroffen und zwang sie zu einer deutlichen Anpassung der Produktionskapazität im Hochbau an das verminderte Auftragsvolumen.

---

### Regionale Einkommensverteilung

- 184 Die Zahl der zur Einkommensteuer Veranlagten sowie Höhe und Art ihrer Einkünfte in der Gliederung nach den Verwaltungsbezirken ermöglicht interessante Rückschlüsse auf die wirtschaftliche und soziale Struktur sowie die Einkommensverhältnisse der jeweiligen regionalen Einheiten.

---

### Anhang

- 57\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
63\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



### Unterschiedliche Ernterwartungen

Nach einem außergewöhnlich milden Winter und einem spätwinterlichen Kälteeinbruch setzte das Wachstum der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen Mitte April verstärkt ein. Vor allem Ende Mai und Anfang Juni wurde die Entwicklung in einigen Gebieten durch zunehmende Trockenheit sowie im Verlauf der Monate Juni und Juli durch hochsommerliche Temperaturen gehemmt. Im ganzen gesehen waren jedoch für die meisten Kulturpflanzen günstige Voraussetzungen gegeben.

Beim Getreide sind vielfach beträchtliche Unterschiede zu erkennen, weil vor allem in Höhengebieten das Sommergetreide zurückblieb. Die bisherigen Ermittlungen lassen Hektarerträge erwarten, die im Landesdurchschnitt etwas unter den vorjährigen Rekordergebnissen liegen. Unter Berücksichtigung der Anbauverschiebung vom Winter- zum Sommergetreide dürfte die Getreideernte insgesamt in Rheinland-Pfalz etwa 1,4 Mill. t betragen gegenüber 1,54 Mill. t im Jahre 1974. Der erste Rauhfutterschnitt brachte ebenfalls eine geringere Menge als in den Vergleichsjahren, aber eine qualitativ gute Ernte. Nach anfänglichen Wachstumsstörungen in der zweiten Maihälfte haben sich die Hackfrüchte im Juni und Juli günstig entwickelt, so daß hierfür zumindest durchschnittliche Ernten erwartet werden können.

Die kalte Witterung im März/April führte insbesondere bei Aprikosen, Pfirsichen, Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden zu erheblichen Schäden an Knospen und Blüten. Diese Arten werden daher wesentlich geringere Ernten liefern als im vergangenen Jahr. Etwas über dem Durchschnitt liegende Mengen werden dagegen für Äpfel und für Kirschen erwartet. Für die meisten Gemüsearten bestehen ebenfalls günstige Ertragsaussichten.

Der Rebenaustrieb begann Ende April/Anfang Mai sehr gleichmäßig und nur wenige Tage später als in Normaljahren. Bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und Wärme entwickelten sich die Reben im Mai und Juni zügig. Die Rebenblüte setzte Mitte Juni ein und war Anfang Juli in allen Gebieten beendet. Sie verlief größtenteils besser als im vergangenen Jahr. Lediglich durch die kühlen Tage zu Beginn der zweiten Junihälfte und Ende des Monats sind vor allem beim Müller-Thurgau und Portugieser gebietsweise leichte Verrieselungsschäden entstanden. Die nachfolgende überwiegend hochsommerliche Witterung bewirkte in Verbindung mit ausreichender Feuchtigkeit eine sehr vorteilhafte Entwicklung, so daß die Ausfälle während der Blüte weitgehend ausgeglichen wurden und Anfang August ein deutlicher Wachstumsvorsprung gegenüber Normaljahren besteht. Für den kommenden Weinherbst ist daher wieder mit einer reichlichen Ernte zu rechnen. Menge und Güte können jedoch durch die Witterung im August und September noch wesentlich beeinflusst werden. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 165

### Ackerland weiter rückläufig - aber mehr Getreideanbau

In Rheinland-Pfalz werden in diesem Jahr rund 514 000 ha als Ackerland genutzt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang von 5 500 ha oder 1,1%. Die seit 1956 rückläufige Tendenz setzte sich damit erneut fort. Der in

den Jahren 1973 und 1974 eingeschränkte Getreideanbau ist wieder leicht ausgedehnt worden (+ 1 000 ha oder 0,3%). Dabei ist insbesondere eine merkliche Anbauflächenverschiebung vom Winter- zum Sommergetreide zu beobachten. Das für die Aussaat ungünstige Herbstwetter im Vorjahr spielte hierbei wohl eine entscheidende Rolle. Die absolut stärkste Flächeneinbuße erfuhr der Winterweizen mit etwa 13 000 ha oder — 11,2%. Bei Winterroggen ging der Anbau um 5,9% auf etwa 30 000 ha, bei Wintergerste um 13,7% auf rund 21 000 ha zurück. Demgegenüber nahm die Anbaufläche aller Sommergetreidearten zu. Hierbei stand die Sommergerste mit einer Anbauausdehnung von gut 10 000 ha oder 10,6% auf etwa 110 000 ha an erster Stelle.

Die Hackfrüchte beanspruchten mit 83 000 ha eine um 6,9% kleinere Fläche. Der Kartoffelanbau wurde um 18, der von Runkelrüben um 9,0% eingeschränkt. Demgegenüber nahm die Zuckerrübenfläche um 12% zu. Bei Ölfrüchten ergab sich keine nennenswerte Veränderung.

Futterpflanzen standen nur noch auf 37 000 ha gegenüber 37 700 ha im Vorjahr. Lediglich Grünmais verzeichnete eine Zunahme von 1 200 ha. Bei Klee und Klee gras, Luzerne, Grasanbau auf dem Ackerland und sonstigen Futterpflanzen wurde der Anbau weiter eingeschränkt. po

### Schweineschlachtungen nahmen zu

Die Zahl der Schlachtungen bei Tieren inländischer Herkunft verzeichnete in Rheinland-Pfalz in den ersten sechs Monaten des Jahres 1975 im Vergleich zu 1974 nur bei Schweinen (560 000) einen spürbaren Anstieg, während sie bei Rindern (100 400) und Kälbern (5 300) rückläufig war. Das Gesamtschlachtgewicht erreichte rund 75 000 t und blieb damit um 0,4% unter dem vergleichbaren Wert des Vorjahres. Kräftig angestiegen sind dagegen die Schlachtungen von Auslandstieren. Die in der genannten Zeit eingeführten 4 250 Rinder bzw. 25 950 Schweine erbrachten ein Schlachtgewicht von 1 190 bzw. 2 000 t gegenüber 464 bzw. 1 480 t im ersten Halbjahr 1974. lx

### Leichte Preisberuhigung bei Nahrungsmitteln im Juli

Die schon in der Vergangenheit um diese Zeit zu beobachtende, im wesentlichen wohl mit der Urlaubszeit und - bei Frischgemüse und Obst - mit dem jahreszeitlich bedingten verstärkten Angebot zusammenhängende Preisdämpfung im Bereich des privaten Verbrauchs zeigte sich auch in diesem Jahr insbesondere bei Nahrungsmitteln.

Noch 37% von den in die Beobachtung einbezogenen Nahrungs- und Genußmitteln verzeichneten Preissteigerungen (Vormonat 52%). Dies ist der niedrigste Stand seit 1971. Dagegen konnten teilweise beachtliche Preisnachlässe beobachtet werden. So wurden zum Beispiel Frischfisch um 9%, Bücklinge um 5, Eier, Margarine und Frischeinudeln um 2, Kokosfett, Pflanzenöl und Linsen um 1% billiger.

Genau wie im Vormonat wurden 37% der erfaßten Textil- und Lederwaren von Preissteigerungen betroffen, die in ihrer Höhe im Landesdurchschnitt nur in wenigen Fällen über 1% hinausgingen. Gleiches gilt für die sonstigen industriellen Erzeugnisse, bei denen etwa jeder dritte Artikel einen Preisaufschlag erfuhr. Im Bereich der Leistungen, Tarife und Gebühren verzeichneten Friseurleistungen, Kinobesuch, Strom, Gas, Wohnungsmieten und Müllabfuhr Preiserhöhungen bis zu 2%. wf



### **Milcherzeugung weiterhin rückläufig**

Im ersten Halbjahr 1975 belief sich die Milchproduktion in Rheinland-Pfalz auf 483 000 Tonnen. Sie lag damit um 2,5% niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Zurückzuführen ist dies ausschließlich auf den verminderten Milchkuhbestand, während die durchschnittliche Milchleistung noch eine geringfügige Steigerung aufwies. Von der Gesamterzeugung wurden 412 000 t oder 85,2% an Molkereien geliefert gegenüber 84,6% in der ersten Jahreshälfte 1974. lx

### **Rückläufiger Trend zur Hochschule bei Abiturienten**

Die Zahl der Schüler, die nach ihrem Abschluß an einem Gymnasium, Kolleg oder einer Fachoberschule an einer Hochschule studieren wollen, ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Im Februar 1975 gaben 78,1% der Abiturienten und Fachoberschüler an, ein Studium aufnehmen zu wollen. Im Vorjahr waren es noch 83,4% der betroffenen Schüler gewesen. Dies ergibt sich aus der Auswertung der Erhebung der Studien- und Berufswünsche 1975, bei der 10 271 Schüler erfaßt wurden, die vor dem Abschluß der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife standen. Die Zahl der Schüler, die keinerlei Studienabsicht haben, stieg auf 9,1% (1974: 6,1%) der Befragten. Auch die Unsicherheit unter den Schülern hat zugenommen: 12,8% waren sich zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht darüber im klaren, ob sie studieren wollten. Ein Jahr zuvor waren es noch 10,5% der Schüler gewesen.

An die Hochschulen wollen wesentlich mehr Schüler als Schülerinnen: 80,6% der Abiturienten und Fachoberschüler, aber nur 73,8% ihrer Mitschülerinnen gaben Studienwünsche an. Entsprechend größer ist auch der Anteil der weiblichen Schulabgänger, die ohne jede Studienabsicht sind: 13,9% der Schülerinnen, aber nur 6,3% der Schüler wollen überhaupt nicht studieren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 169

### **95,8% der Abiturienten bestanden die Reifeprüfung**

Von den 6 556 Schülern, die am 10. März 1975 an den öffentlichen und privaten Gymnasien von Rheinland-Pfalz in den Abschlußklassen unterrichtet wurden, meldeten sich 2 936 Mädchen und 3 599 Jungen zur Reifeprüfung. Damit legten rund 650 Schüler weniger als vor einem Jahr das Abitur ab. Bestanden haben diese Prüfung 95,8% der Schüler. Die Erfolgsquote lag mit 97% bei den Mädchen etwas höher als bei den Jungen. Gescheitert waren 173 Schüler und 78 Schülerinnen, die meisten davon bereits in der schriftlichen Prüfung. In den öffentlichen Gymnasien war der Prozentsatz der bestandenen Reifeprüfungen mit 95,9% nur unwesentlich höher als an den privaten Gymnasien (95,5%).

Den größten Erfolg hatten die Schüler, die bereits nach der 12. Klasse der Mainzer Studienstufe und die im Sportzug das Abitur ablegten. Hier bestanden alle 72 bzw. 10 gemeldeten Schüler die Reifeprüfung. Bei den übrigen Klassentypen schwankt die Quote zwischen 93% (Aufbauszug für Realschulabsolventen) und 97% (altsprachliche Gymnasien).

Nach ihren Berufsabsichten gefragt, gab etwa ein Viertel der Abiturienten den Lehrerberuf an; zwei Fünftel wollen sonstige akademische Berufe ergreifen. 16,6% (1974: 12,6%) entschieden sich für nichtakademische Berufe. ke

### **Sterblichkeit durch Herzinfarkt bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen**

Von den insgesamt 43 487 im Jahre 1974 verstorbenen Personen, welche in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz hatten, verstarben 21 142, und zwar 9 723 Männer und 11 419 Frauen, an einer Krankheit des Kreislaufsystems. Die Sterbeshäufigkeit in dieser Todesursachenkategorie hat zwischen 1968 (50,0 auf 10 000 Einwohner) und 1974 (57,2) eine Zunahme um 14,4% erfahren, wobei der Anstieg bei den weiblichen Verstorbenen (+ 20,0%) weitaus stärker ist als bei den männlichen Verstorbenen (+ 8,5%).

Als häufigste Todesursache unter den Krankheiten des Kreislaufsystems treten die Herzkrankheiten und die Hirngefäßkrankheiten in Erscheinung. Im Berichtsjahr verstarben an einer Herzkrankheit 10 101 Personen (5 334 Männer und 4 767 Frauen), was einer Häufigkeitsziffer von 27,3 je 10 000 Einwohner entspricht. Gemessen an der Gesamtsterbezahl des Jahres 1974 bilden sie einen Anteil von 23,2%, das heißt, fast jeder vierte Verstorbene starb den Herztod. Mehr als die Hälfte der einem Herzleiden erlegenen Personen (4 154) erlitt einen tödlichen Herzmuskelinfarkt.

Unter den Hirngefäßkrankheiten, welche im Jahre 1974 in 8 450 Fällen (3 404 Männer und 5 046 Frauen) zum Tode führten, war die Apoplexie (5 081) am häufigsten. Entsprechend dem prozentualen Anteil an den Gesamtsterbefällen (11,7%) erlag fast jeder neunte Verstorbene einem apoplektischen Insult. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 171

### **50 Mill. DM Kriegsofferfürsorge**

Im Jahr 1974 stiegen die Aufwendungen für Kriegsofferfürsorge um annähernd 7 Mill. DM gegenüber 1973 und um 38 Mill. DM im Vergleich zu 1964 auf fast 50 Mill. DM an. Die Zahl der Fälle laufender Leistungen (+ 4,3%) sowie diejenige der Einmalhilfen (+ 18,4%) erhöhte sich innerhalb Jahresfrist auf zusammen rund 31 500. 1964 wurden etwa 12 300 fürsorgeberechtigte Fälle gezählt. Pro Leistungsfall waren 1974 1 587 DM aufzubringen; das sind + 42 DM gegenüber 1973 und über 600 DM mehr als 1964.

Ein Blick auf die Entwicklung während des vergangenen Jahrzehnts zeigt eine erhebliche Verschiebung der Schwerpunkte infolge ständiger Verringerung der für Erziehungsbeihilfe an Waisen zur Verfügung gestellten Mittel (— 76%) sowie einer kontinuierlichen Zunahme der Ausgaben für sonstige Hilfen, die den Hilfen in besonderen Lebenslagen der Sozialhilfe entsprechen, von insgesamt fast 17 Mill. DM. Die Zahl der Empfänger laufender Hilfeleistungen dieser Art erhöhte sich dabei seit 1964 um knapp 500%, während die Zahl der anspruchsberechtigten Waisen um etwa 90% auf 450 zurückging. Unter den einmaligen Leistungsfällen wurde 1974 am meisten für Erholungsfürsorge (10 Mill. DM) ausgegeben, was zum großen Teil auf das höhere Lebensalter der Beschädigten sowie der hinterbliebenen Frauen zurückzuführen sein dürfte. 1964 war diese Ausgabenposition mit 0,8 Mill. DM für rund 2 100 einmalige Leistungsfälle noch relativ unbedeutend. hä



### Ernteaussichten für 1975

#### Spätwinterliches Frühjahr

Maritime Luftströmungen, die im vergangenen Herbst eine Niederschlagsperiode eingeleitet hatten, bestimmten bis etwa Mitte Januar das Wetter in Rheinland-Pfalz. Vor allem von Oktober bis Ende Dezember verursachten sie verschiedentlich anhaltende und sehr ergiebige Regenfälle. Erstmals seit dem Frühjahr 1970 traten Ende der ersten Dezemberdekade zahlreiche Flüsse und Bäche über die Ufer. Hauptsächlich von Mitte Dezember bis Mitte Januar lagen auch die Temperaturen wesentlich höher als in Normaljahren. Verschiedentlich stiegen die Tageshöchstwerte auf etwa  $+15^{\circ}\text{C}$  an. Bereits Ende der zweiten Dezemberdekade konnte an verschiedenen Pflanzenarten deutliches Wachstum beobachtet werden, wie es sonst erst Ende Januar/Anfang Februar zu verzeichnen ist. Zum fünften Male in ununterbrochener Reihenfolge waren damit die eigentlichen Wintermonate sehr mild.

Unter dem Einfluß nordöstlicher Luftströmungen gestaltete sich der Monat Februar heiter und trocken. Vor allem in der ersten Monathälfte kam es regelmäßig zu leichten bis mäßigen Nachfrösten, tagsüber jedoch insbesondere in der zweiten Februarhälfte infolge intensiver Sonneneinstrahlung zu beträchtlicher Erwärmung, die bei fast allen Kulturpflanzen ein deutliches Wachstum verursachte. Die milde Witterung mit einigen Niederschlägen setzte sich auch in der ersten Märzhälfte fort. Mitte März erreichte dann polare Kaltluft unser Gebiet und bewirkte bis etwa Mitte April eine spätwinterliche Witterung, wie sie in ähnlichem Umfang bereits im Frühjahr 1973 zu verzeichnen war. In der zweiten Märzhälfte und Anfang April traten nahezu täglich Nachfröste und starke Schneefälle auf. Die Schneedecke taut zwar in Tallagen in der Regel tagsüber wieder ab, im Mittelgebirge blieb sie jedoch bis Anfang April im wesentlichen erhalten. Während dieser Zeit kam das allgemeine Wachstum wieder zum Erliegen.

Mitte April wurde die spätwinterliche Witterung durch südwestliche Luftströmungen beendet, die nun eine rasche Erwärmung bewirkten. Mit einer Verspätung von drei Wochen gegenüber dem Vorjahr, aber nur eine Verzögerung von etwa einer Woche gegenüber Normaljahren, konnte auch zu diesem Zeitpunkt in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz mit dem Beginn der Kirschblüte der Vollfrühling verzeichnet werden. Von Ende

April bis Anfang Juni herrschte im wesentlichen eine leicht veränderliche, mäßig warme und überwiegend trockene Witterung. Lediglich Ende der dritten Maiwoche sowie um die Monatswende Mai/Juni kam es zu empfindlichen Kaltlufteinbrüchen mit Nachfrösten in ungünstigen Lagen. Infolge südlicher Luftströmungen erreichten die Temperaturen von Ende der ersten Juniwoche an sommerliche Werte. Diese Witterung hielt zunächst bis Mitte Juli an. Dabei stiegen die Temperaturen verschiedentlich auf Werte um  $+30^{\circ}\text{C}$  und Ende der ersten Julihälfte auch noch darüber an. Gewitterstörungen brachten Anfang Juli und Ende der zweiten Julihälfte ergiebige Niederschläge. Lediglich Mitte Juni und in den letzten Junitagen verursachten Luftströmungen aus Nordwest vorübergehend eine merkliche Abkühlung. Nach mäßigwarmen Temperaturen und einigen Regenfällen stellte sich Ende Juli wieder hochsommerliche Witterung ein, die auch Anfang August noch anhielt.

Abschließend läßt sich feststellen, daß die Witterung für das Wachstum der Kulturpflanzen, abgesehen von der spätwinterlichen Periode im Frühjahr, bisher recht günstig verlaufen ist. Extreme Einflüsse wie in Norddeutschland durch anhaltende Trockenheit und in Süddeutschland durch außergewöhnliche Regenfälle sind in Rheinland-Pfalz nicht aufgetreten.

#### Ausfälle bei Sommergetreide

Die anhaltenden Niederschläge im Herbst 1974 und leichte Auswinterungsschäden hatten, wie die vorläufigen Ergebnisse der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung zeigen, eine merkliche Verschiebung von den Winter- zu den Sommergetreidearten zur Folge. In den klimatisch begünstigten Gebieten konnte das Sommergetreide im Frühjahr 1975 größtenteils bereits vor Einbruch der spätwinterlichen Witterung bestellt werden. In den Höhengebieten war die Aussaat vielfach erst Ende April möglich, als die Ackerböden genügend abgetrocknet waren. Das Wachstum des Wintergetreides setzte nach der Erwärmung Mitte April verstärkt ein. Dabei ließ sich ein gewisser Rückstand gegenüber Normaljahren nicht verkennen. Das früh bestellte Sommergetreide entwickelte sich ebenfalls vorteilhaft, so daß Ende Mai in den Schwerpunktgebieten des Ackerbaus teilweise bessere Bestände anzutreffen waren als im letzten Jahre. In höheren Lagen machte sich jedoch vor allem ab Mitte Mai eine zuneh-



Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vorschätzung Anfang Juli 1975
	Ø	1974	
	1969/74	1974	
	dt/ha		
Getreide	36,6	41,1	37,0
Brotgetreide	38,6	44,2	41,1
Winterweizen	40,3	46,2	43,4
Sommerweizen	36,8	42,3	37,1
Winterroggen	34,3	38,1	36,2
Sommerroggen	31,4	34,0	31,9
Wintermenggetreide	34,2	38,1	35,9
Futtergetreide	34,9	38,8	34,2
Wintergerste	41,1	46,9	42,5
Sommergerste	35,4	37,7	34,2
Hafer	33,1	37,7	32,1
Sommermenggetreide	33,3	37,8	32,8
Frühkartoffeln	208,5	207,8	197,5
Winterraps	24,8	25,3	21,1
Sommerraps und Rübsen	20,7	22,3	18,5
Rauhfutter <sup>1)</sup>	49,3	48,5	47,5
Klee und Klee gras	58,9	57,7	56,1
Luzerne	59,9	57,5	57,2
Wiesen und Mähweiden	48,2	47,6	46,8
Grasanbau auf dem Ackerland	50,6	49,0	45,4

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

mende Trockenheit nachteilig bemerkbar, als bei lebhaften Nordwinden und intensiver Sonneneinstrahlung die Ackerböden stark verkrusteten und das Wachstum des Sommergetreides deutlich gehemmt wurde. Die Ende Juni und im Juli gefallenen Niederschläge haben sich jedoch hier noch vorteilhaft auf die Körnerentwicklung ausgewirkt. Trotzdem muß davon ausgegangen werden, daß vor allem die Sommergetreidebestände in den Höhegebieten im Vergleich zum Vorjahr merklich im Rückstand geblieben sind. Nachteilig wirkte sich ferner der vielerorts beobachtete starke Windhalmbesatz aus.

Die Ernte der Wintergerste konnte bei hochsommerlichen Temperaturen in Tallagen weitgehend bis Mitte Juli geborgen werden und brachte nach ersten Vorschätzungsergebnissen mit gut 40 dt je ha durchaus günstige Hektarerträge. Die teilweise hochsommerlichen Temperaturen im Juli haben die Reife der übrigen Getreidearten ebenfalls beschleunigt. Die Ernte des Winterweizens und der Sommergerste setzte in Tallagen Ende Juli verbreitet ein.

Die ersten Vorschätzungen des Getreides auf dem Halm sind erfahrungsgemäß noch etwas unsicher. Sie lassen aber erkennen, daß die diesjährigen Hektarerträge zwar merklich unter den Rekordergebnissen des Vorjahres bleiben, aber trotzdem überdurchschnittlich ausfallen werden. Für alle Getreidearten zusammen ergibt sich bisher ein Hektarertrag von 37,0 dt gegenüber einem endgültigen von 41,1 dt im Jahre 1974. Dabei bleibt allerdings zu berücksichtigen, daß die Messungsergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung in der Regel etwas höher ausfallen als die ersten Vorschätzungen und im vergangenen Jahr der bisher höchste Hektarertrag überhaupt erzielt wurde. Für Winterweizen sind gut 43 dt und für Sommergerste 34 dt je ha zu erwarten gegenüber 46,2 bzw. 37,7 dt im Vorjahr. Da das Sommergetreide meist niedrigere Hektarerträge liefert als Winterweizen und Wintergerste, wird sich die erwähnte Anbauverschiebung zum Sommergetreide hin auch einschränkend auf die

Gesamternte auswirken. Unter Berücksichtigung der vorläufigen Anbauflächen ist in diesem Jahr daher mit einer Getreideernte von insgesamt 1,4 Mill. t zu rechnen, die damit um etwa 9% unter der vorjährigen Rekordmenge liegen würde.

### Qualitativ gute Heuernte

Nachdem beim Dauergrünland bereits im Januar/Februar leichtes Wachstum zu erkennen war, setzte die eigentliche Entwicklung erst Mitte April und damit im Vergleich zu Normaljahren leicht verspätet ein. Sie verlief zunächst sehr zügig, wurde aber ab Mitte Mai durch zunehmende Trockenheit in einigen Gebieten gehemmt. Die Einbringung der ersten Heuernte konnte in Tallagen ab Ende Mai und in Höhegebieten ab Anfang Juni bei überwiegend sommerlicher Witterung zügig erfolgen und größtenteils bis Mitte Juni abgeschlossen werden.

Nach der ersten Vorschätzung brachte das Rauhfutter für alle Arten zusammen 47,5 dt Heu je Hektar gegenüber 48,5 im Vorjahr und 49,3 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1969/74. Wiesen lieferten 46,8 dt gegenüber 47,6 im letzten Jahre. Wenn damit auch gewisse Ausfälle deutlich werden, so muß doch betont werden, daß in diesem Jahre infolge der günstigen Witterung eine qualitativ gute Ernte eingebracht werden konnte, während im Jahre 1974 die Heuwerbung bis Ende Juli andauerte und durch anhaltende Regenfälle Qualitätseinbußen eintraten.

Nach der ersten Nutzung blieb der Nachwuchs auf den Futterflächen in den meisten Gebieten infolge zunehmender Trockenheit und sommerlichen Temperaturen ab Mitte Juni zunächst spärlich. Die im Juli gefallenen Niederschläge haben das Wachstum zwar wieder belebt, trotzdem läßt sich ein deutlicher Rückstand gegenüber dem Vorjahr erkennen.

### Für Hackfrüchte zeitweise zu trocken

Frühkartoffeln wurden hauptsächlich bereits Anfang März ausgepflanzt. Nach der Erwärmung Mitte April entwickelten sie sich sehr zügig und wiesen Ende Mai einen mittleren Wachstumsstand auf. Da sie größtenteils beregnet werden können, wirkte sich die zunehmende Trockenheit und die sommerlichen Temperaturen im Juni und Anfang Juli nur gebietsweise nachteilig aus. Die erste Vorschätzung läßt einen Hektarertrag erwarten, der etwa dem des Vorjahres und dem mehrjährigen Durchschnitt entspricht.

Die Bestellung der Spätkartoffeln und Rüben erfolgte erst Ende April und Anfang Mai. Ihr Wachstum wurde ab Ende Mai in einigen Gebieten deutlich behindert. Vor allem in höheren Lagen wiesen die Rübenfelder auch einige Lücken auf. Die Ende Juni und im Juli gefallenen Niederschläge in Verbindung mit einer zeitweisen Abkühlung in der zweiten Julihälfte haben jedoch das Wachstum der Hackfrüchte belebt. Ende Juli waren in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz recht gute Kartoffel- und Rübenbestände zu beobachten, wenn auch ihr Wachstum durch die erneute Hitzewelle wiederum gehemmt wurde. Bei normalem Witterungsverlauf kann daher zumindest mit durchschnittlichen Hekt-



Anbaugebiet Bereich	Gescheinansatz			Traubenansatz		
	schlecht	mittel	gut	schlecht	mittel	gut
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	-	50	50	-	33	67
Mittelrhein	-	50	50	-	22	78
Bacharach	-	20	80	-	-	100
Rhein-Burgengau	-	57	43	-	27	73
Mosel-Saar-Ruwer	-	41	59	-	15	85
Bernkastel	-	46	54	-	10	90
Obermosel	-	61	39	-	33	67
Saar-Ruwer	-	23	77	-	18	82
Zell/Mosel	-	34	66	-	10	90
Nahe	-	27	73	-	12	88
Bad Kreuznach	-	14	86	-	9	91
Schloß Böckelheim	-	33	87	-	13	87
Rheinhessen	-	15	85	-	9	91
Bingen	-	18	82	-	8	92
Nierstein	-	6	94	-	7	93
Wonnegau	-	22	78	-	13	87
Rheinpfalz	-	29	71	-	16	84
Südliche Weinstr.	-	31	69	-	8	92
Mittelhaardt- Deutsche Weinstr.	-	28	72	-	25	75
Rheinland-Pfalz	-	29	71	-	13	87
dagegen 1974	1	29	70	2	48	50

arerträgen gerechnet werden. Die Kartoffelernte insgesamt wird jedoch infolge einer deutlichen Flächenreduzierung erheblich unter dem Vorjahresergebnis bleiben, während die Ernte an Zuckerrüben auf Grund der kräftigen Anbauausweitung wesentlich höher ausfallen dürfte.

#### Gleichmäßiger Rebenaustrieb

Obwohl Anfang März bereits ein deutliches Knospenschwellen zu erkennen war, sind durch die dann folgende spätwinterliche Witterung keine nennenswerten Schäden entstanden. Der Rebenaustrieb erfolgte um die Monatswende April/Mai sehr gleichmäßig und nur wenige Tage später als in Normaljahren. Bei reichlicher Bodenfeuchtigkeit und größtenteils genügender Wärme entwickelten sich die Reben im Mai und Anfang Juni sehr zügig. Der Rebenstand wurde in allen Gebieten als gut und vielfach sogar besser als in den letzten Jahren beurteilt. In der Vorderpfalz und in Rheinhessen begann die Rebenblüte um den 15. Juni, in den nördlichen Anbaugebieten nach dem 20. Juni. Nachdem der Gescheinansatz bereits zu 71% als gut beurteilt wurde, fand auch der Blüteverlauf eine überwiegend günstige Bewertung. Auf Grund der sommerlichen Witterung war sie in etwa drei Viertel der Anbaugemeinden nach 10 Tagen beendet. Lediglich in einigen Gebieten geriet die Blüte einzelner Rebsorten in die kühlen Witterungsperioden zu Beginn der zweiten Junihälfte und Ende des Monats, wodurch sie sich etwas verzögerte. Durch die hochsommerlichen Temperaturen zu Anfang Juli kam die Blüte aber schnell zum Abschluß. Wie sich bis Ende Juli herausstellte, sind im wesentlichen nur leichte Verrieselungsschäden eingetreten. Die im Laufe des Monats Juli vorherrschende hochsommerliche Witterung mit einigen Niederschlägen hat ein kräftiges Traubenwachstum bewirkt, so daß die Blüteschäden weitgehend ausgeglichen wurden und die Reben

Ende des Monats einen deutlichen Vorsprung gegenüber Normaljahren aufwiesen.

Nachdem auch der Traubenansatz von 87% der Berichterstatter als gut bezeichnet wurde, kann nunmehr für den Herbst 1975 wieder mit einer reichlichen Weinmosternte gerechnet werden. Lediglich für die Ahr, den Rhein-Burgengau, die Obermosel und Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße sind leichte Einschränkungen zu erkennen. Auch in qualitativer Hinsicht sind die Voraussetzungen für einen günstigen Jahrgang gegeben. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß die Witterung im August und September Menge und Güte der heranwachsenden Ernte noch wesentlich beeinflussen kann.

#### Ausfälle bei einigen Steinobstarten

Die außergewöhnlich milde Witterung in den Wintermonaten bewirkte ein sehr frühzeitiges Knospenschwellen an den Obstbäumen. Die Blüte der Aprikosen setzte teilweise schon Ende der ersten Märzhälfte ein und geriet dann in die nachfolgende spätwinterliche Witterung. Bei dieser Obstart traten dadurch erhebliche Blüteschäden ein. Bei anderen Steinobstarten, insbesondere bei Pfirsichen, Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden, und teilweise auch bei frühen Birnen waren die Blütenknospen bereits so weit entwickelt, so daß hier durch die häufigen Nachtfroste und Schneefälle von Mitte März bis Mitte April ebenfalls deutliche Ausfälle entstanden. Kirschen blühten nach der Erwärmung Mitte April rasch auf und zeigten einen reichlichen Blütenansatz. Die Apfelblüte begann in der dritten Aprildekade und war auch in höheren Lagen bei über-

Ernteschätzung für Obst 1975

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung
	Ø	1974 <sup>1)</sup>	im Juli 1975 <sup>1)</sup>
	1969/74		
	kg je Baum		
Äpfel, Marktbobstbau <sup>2)</sup>	25 354	22 859	26 644
Äpfel, Übriger Anbau	28,2	21,6	23,2
Hoch- und Halbstämme	31,7	25,9	28,4
Viertelstämme und Buschbäume	19,3	18,2	18,5
Spindelbüsche, Spindeln und Spaliere	13,4	13,2	14,3
Birnen, Marktbobstbau	.	28,7	20,4
Birnen, Übriger Anbau	.	25,3	23,7
Hoch- und Halbstämme	.	28,6	27,4
Viertelstämme und Buschbäume	.	23,2	21,0
Spindeln und Spaliere	.	15,9	13,9
Kirschen	23,6	24,3	26,7 <sup>3)</sup>
Süßkirschen	26,5	29,1	31,3 <sup>3)</sup>
Sauerkirschen	21,3	22,7	25,1 <sup>3)</sup>
Pflaumen und Zwetschen	23,7	24,3	12,8
Mirabellen und Renekloden	20,2	24,5	12,6
Aprikosen	21,0	28,8	7,3
Pfirsiche	14,6	18,8	6,4
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,8	2,9	3,0 <sup>3)</sup>
rote und weiße	2,9	2,9	3,1 <sup>3)</sup>
schwarze	2,4	2,8	2,7 <sup>3)</sup>
Stachelbeeren (kg je Strauch)	3,0	3,1	2,7 <sup>3)</sup>
Himbeeren (kg je qm)	1,9	1,7	1,9
Erdbeeren (dt je ha)	75,5	76,3	82,4 <sup>3)</sup>

1) Nur noch für den Marktbobstbau nach der Baumobsterhebung 1972 und dem Anbau in Haus- und Kleingärten (Übriger Anbau) nach der Obstbaumzählung 1965. - 2) Gesamtmenge in t. - 3) Endgültiger Ertrag.



wiegend günstiger Witterung Ende Mai im wesentlichen beendet.

Bei den Ermittlungen der Obsternte 1975 ist zu berücksichtigen, daß sich diese nur noch auf den Markttobstbau in Intensivanlagen nach der Baumobsterhebung im Jahre 1972 sowie auf den Anbau in Haus- und Kleingärten (Standort 3) nach der Obstbaumzählung 1965 bezieht. Im Gegensatz zum bisherigen Verfahren bleibt nunmehr der Obstbau in der Feldflur (Standort 2) nach der Obstbaumzählung 1965 außer Betracht, der inzwischen teilweise gerodet bzw. zum großen Teil ohne Pflege blieb und marktwirtschaftlich seit mehreren Jahren nur noch eine geringe Bedeutung hatte. Die für 1975 ermittelten Daten sind deshalb mit den früher veröffentlichten nur noch bedingt vergleichbar. Die hier für das Jahr 1974 mitgeteilten Daten sind allerdings nach der ab 1975 angewandten Methode neu berechnet worden, so daß diese zu Vergleichszwecken herangezogen werden können.

Die Ernte der Süßkirschen setzte Anfang Juni ein und erbrachte zunächst gute Qualitäten. Bei den späten Sorten entstanden jedoch Anfang Juli infolge starker Niederschläge einige Verluste. Die Baumserträge, die bereits endgültig geschätzt wurden, blieben mit 31,3 kg je Baum etwas über denen des Vorjahres und dem mehrjährigen Durchschnitt. Bei Sauerkirschen gab es mit 25,1 kg je Baum sehr gute Erträge, die erheblich über den Vergleichswerten lagen. Auch die Erdbeeren, die nach verspätetem Wachstumsbeginn während der Blüte und Reife günstige Bedingungen hatten, lieferten mit 82,4 dt je ha höhere Erträge als in den Vergleichsjahren.

Bei den Beerensträuchern werden insbesondere für rote Johannisbeeren und Himbeeren günstigere Erträge als im Vorjahr erwartet, während bei den Stachelbeeren die Erwartungen nicht überall erfüllt wurden.

Abgesehen von den frühen Sorten kann für die Äpfel im Markttobstbau eine überdurchschnittliche Ernte erwartet werden. Die Gesamtmenge aus den Intensivanlagen dürfte sich auf annähernd 300 000 dt belaufen gegenüber 230 000 dt im Vorjahr. Die Birnenernte wird etwa auf der Höhe des Vorjahres liegen. Aprikosen und Pfirsiche werden voraussichtlich nur etwa ein Drittel, Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden nur die Hälfte der vorjährigen Mengen liefern.

#### Überdurchschnittliche Gemüseernte

Das Frühgemüse wurde Ende Februar/Anfang März größtenteils unter Folie ausgepflanzt. Infolge der spätwinterlichen Witterung von Mitte März bis Mitte April wiesen die Kulturen nur geringes Wachstum auf. Die Erwärmung ab Mitte April bewirkte dann eine zügige Entwicklung, so daß bis Mitte Mai bereits eine wesentliche Verbesserung

eingetreten war. Der Winterspinat lieferte mit 172,7 dt je ha einen geringeren Hektarertrag als 1974, blieb aber doch etwas über dem mehrjährigen Durchschnitt. Die übrigen Frühgemüsearten brachten dagegen größtenteils höhere Flächenleistungen als im Vorjahr und durchweg auch günstigere als im Sechsjahresdurchschnitt 1969/74. Für Spargel wurden 41,9 dt je ha geschätzt gegenüber 37,2 dt im Jahre 1974 und 43,0 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Infolge einer Anbaureduzierung lag die Gesamternte mit rund 22 000 dt nur etwa auf Vor-

Ernteschätzung für Gemüse 1975

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø 1969/74	1974	1975 <sup>1)</sup>
	dt/ha		
Winterspinat	163,1	178,8	172,7
Frühjahrsspinat	149,6	157,7	166,0
Frühweißkohl	279,6	275,4	285,6
Frührotkohl	261,5	248,5	255,1
Frühwirsing	211,1	211,2	215,6
Frühlumenkohl	180,8	192,9	195,1
Frühe Möhren und Karotten	207,2	203,2	231,3
Frischerbsen	45,5	40,0	52,1
Dicke Bohnen	122,8	120,2	117,1
Frühkohlrabi	186,9	214,7	231,5
Frühjahrskopfsalat	178,8	214,0	203,1
Spargel	43,0	37,2	41,9 <sup>2)</sup>
Steckzwiebeln	249,2	265,0	213,7 <sup>2)</sup>
Buschbohnen	104,2	114,7	118,2 <sup>2)</sup>
Stangenbohnen	123,8	124,2	135,3 <sup>2)</sup>
Einlegegurken	165,2	173,3	176,5 <sup>2)</sup>
Schälgurken	224,2	235,2	249,5 <sup>2)</sup>
Tomaten	369,4	365,4	398,8 <sup>2)</sup>

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1975. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1975.

jahreshöhe. Frühjahrskopfsalat, der bevorzugt in der Vorderpfalz angebaut wird, blieb mit gut 200 dt allerdings deutlich unter dem vorjährigen Ergebnis.

Die mittelfrühen Gemüsearten werden nach bisher vorliegenden Informationen mit Ausnahme der Steckzwiebeln und Dicken Bohnen ebenfalls deutlich höhere Hektarerträge bringen, als es im Vorjahr und im mehrjährigen Durchschnitt der Fall war. Die überwiegend sommerliche Witterung im Juni und Juli sowie einige Niederschläge und die für einen großen Teil der Anbauflächen mögliche künstliche Beregung haben das Wachstum dieser Arten kräftig gefördert. Für Buschbohnen werden 118 dt, für Einlegegurken 176,5 und für Tomaten, die bisher sehr günstige Bedingungen vorfanden, rund 400 dt je ha erwartet.

Nach der Mitte Juli vorgenommenen Beurteilung des Wachstumsstandes stehen die späten Gemüsearten mit Ausnahme des Kopfsalates wesentlich günstiger als mittel und größtenteils noch etwas besser als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Falls die Witterung im August und September normal verlaufen sollte, dürften auch diese Arten reichliche Erntemengen liefern.

Dr. J. Töniges



## Studien- und Berufswünsche 1975

Der auf immer mehr Fächer ausgeweitete Numerus clausus an den deutschen Hochschulen wirkt sich auf die Studien- und Berufswünsche der Schüler in den Abschlußklassen der rheinland-pfälzischen Gymnasien, Kollegs und Fachoberschulen aus: Schon fast jeder sechste Schüler gab 1975 an, nicht studieren zu wollen. Ein Jahr zuvor hatte nur jeder 16. Befragte keine Studienabsichten.

Diese Zahlen gehen aus der Auswertung der Erhebung der Studien- und Berufswünsche hervor. Die im Februar 1975 durchgeführte Befragung erfaßt alle Schüler, die mit dem Ende des Schuljahres 1974/75 die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife erlangen wollten. Sie wird seit 1970 bundeseinheitlich durchgeführt. Erfragt wird, ob die Schüler studieren und an welchen Hochschulen sie sich immatrikulieren wollen. Außerdem wird nach dem beabsichtigten Studienbeginn und dem gewünschten Studienfach gefragt.

Mit dieser Erhebung sollte ursprünglich noch vor dem Zugang der Abiturienten und Fachoberschüler zu den Hochschulen in Erfahrung gebracht werden, in welchen Studienfächern und an welchen Hochschulen Engpässe entstehen könnten, die man dann noch beseitigen wollte. Da der Andrang zu den Hochschulen jedoch immer stärker wird, die Zahlen aus der Befragung andererseits zu spät vorliegen, um noch planen zu können, gibt diese Erhebung in erster Linie Auskunft darüber, was die Abiturienten studieren wollen, ohne daß die Hochschulen in ihren Planungen unmittelbar darauf reagieren können. Die Studienwünsche der Abiturienten und Fachoberschüler sind zum Teil schon geprägt vom Numerus clausus, aber auch von den Schwierigkeiten, die Lehramtsanwärter bei ihrer Einstellung in den Schuldienst erwarten müssen. In der Statistik zeigt sich damit nicht mehr unverfälscht die Nachfrage nach Studienplätzen. Durch eine veränderte Fragestellung will man dies in Zukunft jedoch wieder erreichen.

Die von den Schülern gemachten Angaben über ihre Studienabsichten geben noch kein genaues Bild über die Anmeldungen zum Studium. Zum einen haben viele Schüler im Februar, dem Befragungszeitpunkt, noch keine genauen Vorstellungen über ihre Zukunft, zum anderen werden alle Schüler in den Abschlußklassen erfaßt, also auch diejenigen, die das Abitur oder die Fachhochschulreife nicht erreichen werden. Dennoch lassen sich aus der Befragung einige bemerkenswerte Tendenzen ablesen.

### Rund 13% der Schüler sind noch unentschlossen

Im Februar 1975 gaben 8 019 (78,1%) der befragten 10 271 Abiturienten und Fachoberschüler an, studieren zu wollen. Damit ist die Zahl der Studienwilligen in den Abschlußklassen gegenüber 1972 sowohl absolut (um 605) als auch relativ stark gesunken. Damals wollten sich rund 90,3% aller Befragten an einer Hochschule immatrikulie-

ren. Die Zahl derjenigen, die überhaupt nicht studieren wollen, ist von 358 (1972) auf 936 gestiegen. Für 1975 sind das 9,1% aller Abiturienten. Der Numerus clausus, das Gewicht, das dem erreichten

Schüler in Abschlußklassen 1975

Geschlecht	Ins- gesamt	Mit Studien- absicht		Unent- schlossene		Ohne Studien- absicht	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Männlich	6 479	5 222	80,6	849	13,1	408	6,3
Weiblich	3 792	2 797	73,8	467	12,3	528	13,9
Insgesamt	10 271	8 019	78,1	1 316	12,8	936	9,1

Notendurchschnitt zukommt, und die Frage der Berufsaussichten nach dem Studium haben offensichtlich auch zu einer größeren Unsicherheit bei den Schülern geführt: 1972 waren noch 5,9% der Abiturienten und Fachoberschüler unentschlossen. 1975 dagegen wußten mehr als doppelt so viele (12,8%) nicht, ob sie ein Studium beginnen sollten oder nicht.

Die Betrachtung der Geschlechter-Proportion zeigt einige auffallende Entwicklungen. Die Abiturientinnen waren in den Jahren von 1971 bis 1973 in gleichem Maße studienwillig wie ihre Mitschüler. 1974 ging die Schere erstmals leicht auseinander, als 84,7% der Schüler, aber nur 81,3% der Schülerinnen Studienabsichten angaben. Für 1975 allerdings zeigt sich eine schon beachtliche Differenz: Zwar wollten noch 80,6% der Abiturienten und Fachoberschüler, aber nur noch 73,8% der befragten Schülerinnen an eine Hochschule gehen. Prozentual doppelt so viele Schülerinnen wie Schüler (13,9 zu 6,3%) wollten überhaupt nicht studieren. Bei den noch Unentschlossenen hält sich der Prozentanteil in etwa die Waage. Allerdings war in den vergangenen fünf Jahren stets zu beobachten, daß die befragten Schüler noch etwas unsicherer sind als die Schülerinnen. Der Prozentsatz der männlichen Unentschlossenen lag immer geringfügig höher als bei den Schülerinnen.

### Lehrerberuf verliert an Attraktivität

Nicht nur die Entscheidung für ein Studium, auch die Fächerwahl der angehenden Studenten wird bereits auffallend durch den Numerus clausus beeinflusst. So ist für Humanmedizin seit 1972 ein Rückgang von 521 auf 405 Schüler zu verzeichnen, die dieses Fach studieren wollen. Für Pharmazie entschieden sich nur noch halb so viele wie vor vier Jahren (1975: 49), für Zahnmedizin nur noch zwei Drittel. Auch in Fächern wie Volkswirtschaft, Anglistik und Biologie ist sowohl absolut als auch relativ eine kontinuierliche Abnahme der Nennungen als gewünschtes Studienfach um mehr als die Hälfte zu bemerken. Selbst Mathematik, Physik und Chemie werden seltener als Studienfach vorgesehen. Steigende Tendenzen lassen sich für



den Zeitraum der letzten vier Jahre für Theologie (von 60 auf 125), Sozialpädagogik (von 228 auf 429) und Maschinenbau (von 408 auf 481) ablesen.

An Attraktivität verloren hat offensichtlich das Studium für ein Lehramt. Nur noch ein Viertel aller Studienwilligen gab als Studienziel Lehrer an.

Studienwillige mit dem Berufsziel "Lehrer" 1971 - 1975

Jahr	Von 100 Studienwilligen wollen Lehrer werden an				
	Schulen insgesamt	Grund- und Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Berufsbildenden Schulen
1971	41,3	16,6	8,4	15,0	1,2
1972	31,1	9,5	5,5	13,8	2,3
1973	27,2	9,8	3,2	11,6	2,6
1974	26,2	8,2	3,0	11,5	3,5
1975	25,4	7,2	2,1	11,3	4,7

Fünf Jahre früher wollten noch vier von zehn Schülern diesen Beruf ergreifen. Gleich geblieben ist die Geschlechter-Proportion. Die zunehmende Feminisierung des Lehrerberufs ist, an den Studien- und Berufswünschen der Abiturienten gemessen, noch nicht zu Ende. Es gaben immer noch, wie schon 1971, etwa doppelt so viele weibliche wie männliche Befragte den Lehrerberuf als Studienziel an.

Verstärkter Zulauf zu Fachhochschulen zu erwarten

Die geringer werdenden Chancen bei der Einstellung in den Schuldienst an Grund- und Hauptschulen sind offenbar auch eine Ursache dafür, daß das Lehramt an diesen Schulen seltener als Berufswunsch angegeben wird. Auch das Lehramt an Realschulen wird weniger angestrebt. In vermehrtem Umfang wird dagegen das Lehramt an berufsbildenden Schulen genannt. Hier sehen die Abiturienten offensichtlich noch die größten Chancen für eine Einstellung.

Entsprechend dieser Veränderung bei der Entscheidung für den Lehrerberuf ergeben sich auch Änderungen bei den Hochschulen, an welchen sich

die Studienwilligen immatrikulieren wollen. Die Erziehungswissenschaftlichen bzw. Pädagogischen Hochschulen werden nur noch von jedem 20. genannt. Vor einem Jahr gab noch jeder zwölfte diese Hochschulart an. Während die Universitäten etwa gleichbleibend häufig von etwas mehr als der Hälfte der Schüler mit Studienabsichten genannt werden, scheint sich der Andrang zu den Fachhochschulen zu verstärken. Mehr als ein Drittel aller Befragten will an einer Fachhochschule studieren, ein Jahr zuvor war es noch ein Viertel.

Nur ein Drittel will an einer Landesuniversität studieren

Die Angaben über ein beabsichtigtes Fachhochschulstudium werden bei der Erhebung der Studien- und Berufswünsche in Rheinland-Pfalz gesondert ausgewertet. Stellt man den genannten Studienwünschen der Abiturienten die Höchstzahl-Verordnung des Kultusministeriums aus der Siebenten Landesverordnung zur Durchführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen gegenüber, so zeigen sich hier teilweise gravierende Differenzen zwischen der Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze und den Studienabsichten der Abiturienten aus Rheinland-Pfalz. So gaben beispielsweise 179 Schüler an, in der Abteilung Bingen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz Elektrotechnik studieren zu wollen, wobei allerdings über den Studienbeginn nichts bekannt ist. Da aber zwei Drittel aller Befragten im Wintersemester 1975/76 ihr Studium aufnehmen wollen, ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze für das Wintersemester kaum ausreichend: Entsprechend der Höchstzahl-Verordnung ist für 80 Studierende ein Platz vorhanden. Für das Fach Elektrotechnik sind auch für die Abteilungen der Fachhochschule in Kaiserslautern, Koblenz und Trier wesentlich mehr Meldungen von rheinland-pfälzischen Schülern zu erwarten als es Studienplätze für sie gibt. Noch größer ist die Differenz im Fach Sozialpädagogik, wo einer Jahreskapazität von 60 Plätzen eine Zahl von 198 Kandidaten gegenübersteht, die dieses Fach studieren wol-

Studienwillige Abiturienten nach Studienbeginn und Wahl der Hochschule 1975

Hochschulart	Insgesamt		Männlich	Weiblich	Beabsichtigte Studienaufnahme im							
					SS 1975	WS 1975/76	SS 1976	WS 1976/77	SS 1977	WS 1977/78	SS 1978	später und ohne Angabe
	Anzahl	%	Anzahl									
Universitäten/Gesamthochschulen	4 249	53,0	2 581	1 668	37	2 697	116	901	218	161	26	93
Pädagogische/Erziehungswissenschaftliche Hochschulen	423	5,3	95	328	9	336	10	46	11	4	1	6
Philosophische-theologische und kirchliche Hochschulen	21	0,3	16	5	-	16	-	2	3	-	-	-
Kunsthochschulen	26	0,3	10	16	-	15	4	4	-	-	-	3
Fachhochschulen/Ingenieurschulen	2 831	35,3	2 239	592	71	2 031	55	421	104	68	14	77
Hochschulen im Ausland	19	0,2	8	11	-	12	-	4	1	1	1	-
Unentschieden	297	3,7	183	114	5	154	16	72	17	13	4	16
Ohne Angaben	153	1,9	90	63	-	99	7	25	8	9	1	4
Insgesamt	8 019	100,0	5 222	2 797	122	5 360	208	1 475	362	256	47	189



len. Neben diesen besonders stark ins Auge fallenden Unterschieden zwischen Angebot und Nachfrage nach Studienplätzen gibt es auch die umgekehrten Fälle, wo einem größeren Angebot nur eine geringe Nachfrage gegenübersteht.

Diese Schwierigkeiten lassen sich für den Fachhochschulbereich insofern gut auf regionaler Ebene aufzeigen, da die Studienwilligen, die an einer Fachhochschule studieren wollen, überwiegend im Lande bleiben wollen. Bei den Schülern, die sich an einer Universität oder einer Gesamthochschule immatrikulieren wollen, ist der Trend zu einem Studium in einem anderen Bundesland wesentlich größer. Nur ein Drittel aller Abiturienten nannte rheinland-pfälzische Studienstädte als bevorzugten Studienort, eine Tendenz, die auch in den vergangenen Jahren zu beobachten war.

#### **Fast 67% wollen im Wintersemester 1975/76 mit dem Studium beginnen**

Ihr Studium wollen rund zwei Drittel aller Schüler mit Studienabsicht im Wintersemester 1975/76 aufnehmen, also in dem Semester, das dem Abitur bzw. dem Abschluß der Fachhochschulreife unmit-

telbar folgt. Ein verstärkter Andrang der Abschlußschüler aus dem Schuljahr 1974/75 zu den Hochschulen wird nochmals zum Wintersemester 1976/77 zu erwarten sein. Zu diesem Zeitpunkt wollen sich 18,4% der Studienwilligen immatrikulieren. Diese zeitliche Verschiebung des Studienbeginns ist in erster Linie auf den Wehr- und Ersatzdienst zurückzuführen, den viele Abiturienten und Fachoberschüler vor Beginn ihres Studiums ableisten müssen.

Die Schülerinnen und Schüler in den 13. Klassen der Gymnasien und Kollegs bzw. in den 12. Klassen der Fachoberschulen haben offensichtlich ein Interesse daran, ihre Studien- und Berufswünsche bekanntzugeben. Nach den Klassenbogen, aus denen die Schülerzahl einer Klasse ersichtlich ist, gehörten 10 330 Schüler den Abschlußklassen an. Davon füllten 99,5% einen Individualbogen aus. Wenn man bedenkt, daß in allen Klassen durch Krankheit oder aus familiären Gründen regelmäßig Schüler fehlen, kann davon ausgegangen werden, daß alle zum Befragungszeitpunkt anwesenden Schüler bei der Erhebung erfaßt wurden.

*Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer*

## **Krankheiten des Kreislaufsystems als Todesursache 1968-1974**

Das Krankheitsgeschehen der letzten 100 Jahre hat einen auffälligen Wandel erfahren. Noch ausgangs des vorigen Jahrhunderts hatten die nicht selten epidemisch auftretenden Infektionskrankheiten den stärksten Einfluß auf die allgemeine Sterblichkeit. Mit dem Entdecken der Krankheitserreger und der Anwendung geeigneter Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen konnten die übertragbaren Krankheiten stark zurückgedrängt werden. Im zeitlichen Verlaufe dieser Rückentwicklung traten im Gefolge zunehmender Industrialisierung, Technisierung und Urbanisation die sogenannten Zivilisationskrankheiten in den Vordergrund. Hier sind es vornehmlich die Krankheiten des Kreislaufsystems, die jetzt neben dem Krebs an die Spitze der Todesursachen getreten sind.

In der amtlichen Todesursachenstatistik werden die Sterbefälle durch Erkrankung des Kreislaufsystems entsprechend der 8. Revision der internationalen Klassifikation der Krankheiten diagnostisch in folgende Hauptgruppen gegliedert:

- Akutes rheumatisches Fieber
- Chronische, rheumatische Herzkrankheiten
- Bluthochdruck
- Ischämische Herzkrankheiten
- Sonstige Formen von Herzkrankheiten
- Hirngefäßkrankheiten
- Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren
- Krankheiten der Venen und Lymphgefäße sowie sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems

Unter den Kreislauferkrankungen haben die Herzkrankheiten und die Hirngefäßkrankheiten als Todesursache ein besonderes zahlenmäßiges Gewicht. Die nachfolgenden Ausführungen befassen sich daher im wesentlichen mit der Sterblichkeit durch Krankheiten dieser beiden Diagnosegruppen. Das Aufzeigen zeitlicher Entwicklungen ist dabei insofern begrenzt, als mit der Einführung der internationalen Klassifikation der Krankheiten eine volle Vergleichbarkeit mit den Nachweisungen der vor 1968 liegenden Ergebnisse nicht gegeben ist.

Im Jahre 1974 verstarben 43 487 Menschen, die in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz hatten. Bei 21 142, also bei annähernd der Hälfte dieser Verstorbenen, war eine Krankheit des Kreislaufsystems die Todesursache. In der Entwicklung des Gesamtbildes dieser diagnostisch differenzierten Ursachengruppe zeigt sich ein ansteigender Verlauf. Noch 1968 waren es nur zwei Fünftel (41,1%) aller Verstorbenen - gegenüber nunmehr 48,6% -, welche einer Kreislauferkrankung erlagen. Die Summierung fast gleicher jährlicher Steigerungsraten führte zu dieser deutlichen anteilmäßigen Zunahme um 7,5 Prozentpunkte. Was die Sterbehäufigkeit durch Krankheiten des Kreislaufsystems betrifft, so sei deren Ausmaß und Entwicklung anhand der auf 10 000 Einwohner bezogenen Mortalitätsziffern aufgezeigt: Der Ausgangswert im Jahre 1968, welcher 50,0 betrug, erreichte 1974 bei zwischenzeitlich kontinuierlichem Ansteigen den Wert 57,2. Hieraus ergibt sich bei dieser Todesursache eine Sterblichkeitszunahme um 14,4%. Unterschiedliche Entwicklungen zeigen sich zwischen der Mortalität der Geschlechter inso-



fern, als seit 1970 die für die weiblichen Verstorbenen ermittelten Werte sehr auffällig über den Werten für die männlichen Verstorbenen liegen, und überdies auch der Anstieg der Sterblichkeit über die Jahre des Berichtszeitraumes bei den weiblichen Verstorbenen (+ 20,0%) weitaus stärker ist als bei den männlichen Verstorbenen (+ 8,5%). Davon ausgehend, daß vornehmlich die Herz- und Gefäß-erkrankungen als Folge von Abnutzungserscheinungen des Organismus anzusehen sind, dürfte der Grund hierfür in der starken Zunahme der älteren, insbesondere der älteren weiblichen Bevölkerung, zu finden sein.

### Jeder vierte Verstorbene erlitt den Herztod

Für sich allein genommen, machen die im Berichtsjahr ursächlich an einer Herzkrankheit verstorbenen 10 101 Personen - das entspricht einer Häufigkeitsziffer von 27,3 - den größten Teil (48%) der unter Krankheiten des Kreislaufsystems zusammengefaßten Sterbefälle aus. Gemessen an der Gesamtsterbezahl des Jahres 1974 bilden sie einen Anteil von 23,2%, das heißt fast jeder vierte Verstorbene erlitt den Herztod. Ebenso wie die Sterbefälle durch Kreislauferkrankungen in ihrer Gesamtheit, so zeigen auch die Sterbefälle durch Herzkrankheiten eine ansteigende Entwicklung, sowohl was das Verhältnis zur Gesamtsterbezahl als auch die Sterbehäufigkeit betrifft. Ersteres veränderte sich zwischen 1968 und 1974 um + 4,1 Prozentpunkte; der Mortalitätswert von 27,3 ist das Ergebnis eines Anstiegs um 17,7%. Obwohl bei bestimmten Herzkrankheiten der Herztod bei Frauen häufiger auftritt als bei Männern, dominieren diese im Gesamtbild der Todesursachengruppe, bei allerdings gegenüber den weiblichen Verstorbenen zunehmend geringeren Steigerungsraten. Eine altersmäßige Aufgliederung aller während des sieben-jährigen Berichtszeitraumes an einer Herzkrankheit Gestorbenen läßt lediglich bei den 65jährigen und Älteren eine Zunahme der Sterblichkeit erkennen, und zwar war diese bei den Männern (+ 13,9%) etwas stärker ausgeprägt als bei den Frauen

(+ 12,7%). Diese, das Gesamtbild der Herzsterbefälle betreffende Aussage gilt nicht für alle cardialen Sterbefallgruppen, denn hier gibt es sowohl bei Geschlechtern als auch in den einzelnen Altersbereichen unterschiedliche Entwicklungen.

### Rückläufige Sterblichkeit durch chronische Herzkrankheiten

Bei der Betrachtung der beiden zahlenmäßig wichtigsten Gruppen, der chronischen, rheumatischen Herzkrankheiten und der ischämischen Herzkrankheiten, ist festzustellen, daß die Sterbefälle durch die erstgenannten, organischen Erkrankungen relativ stark rückläufig sind, wogegen die Sterbefälle durch Krankheiten der zweiten Gruppe - unter diesen sind auch die funktionellen Leistungsbeeinträchtigungen des Cardialsystems und dessen vorzeitiger Verschleiß infolge von Umwelteinflüssen zu fassen - eindrucksvoll zugenommen haben. Den chronischen, rheumatischen Herzkrankheiten fielen 1974 nur noch 253 Menschen zum Opfer; das ist gegenüber der Sterbezahl des Jahres 1968 gut ein Drittel weniger. Noch etwas stärker sank die Mortalitätsziffer (- 36,4%), und zwar veränderte diese sich von 1,1 auf 0,7. Nicht verändert hat sich dagegen der Geschlechteranteil, welcher sich zwischen den männlichen und den weiblichen Verstorbenen in dem Verhältnis von einem Fünftel zu zwei Fünftel ausdrückt. Diese Relation verschiebt sich innerhalb der Altersskala insofern, als die in einem mittleren Alter verstorbenen Männer und die in einem höheren Alter verstorbenen Frauen jeweils größere Anteile aufweisen. Der Rückgang der Sterblichkeit durch chronische, rheumatische Herzkrankheiten beschränkt sich ausschließlich auf die nach dem dritten Lebensjahrzehnt liegenden Altersbereiche. Die fehlende eindeutige Entwicklung in den davorliegenden Altersgruppen dürfte wohl auf die in diesem Bereich nur sehr geringe Sterblichkeit zurückzuführen sein. Zwischen 1968 und 1974 sank die Sterblichkeit durch chronische, rheumatische Herzkrankheiten unter den 40- bis 50jährigen

Sterbefälle durch Krankheiten des Kreislaufsystems 1968 - 1974

Todesursache	Insgesamt							Je 10 000 Einwohner						
	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Akutes rheumatisches Fieber	5	4	10	6	8	5	4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Chronische-rheumatische Herzkrankheiten	393	390	288	331	320	266	253	1,1	1,1	0,8	0,9	0,9	0,7	0,7
Bluthochdruck	931	862	781	877	753	797	899	2,6	2,4	2,1	2,4	2,0	2,2	2,4
Ischämische Herzkrankheiten	4 012	5 503	5 385	5 966	5 474	5 341	5 865	11,0	15,0	14,8	16,3	14,9	14,4	15,9
Akuter Herzmuskelinfrakt	2 547	3 252	3 625	4 049	4 044	4 006	4 154	7,0	8,9	9,9	11,0	11,0	10,8	11,2
Sonstige Formen von Herzkrankheiten	4 033	4 174	4 096	4 249	4 778	4 071	3 983	11,1	11,4	11,2	11,6	13,0	11,0	10,8
Hirngefäßkrankheiten	6 657	7 239	7 103	7 485	7 973	8 425	8 450	18,3	19,8	19,5	20,4	21,6	22,8	22,9
Apoplexie	3 830	4 238	4 170	4 642	5 033	5 215	5 081	10,5	11,6	11,4	12,6	13,7	14,1	13,7
Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	1 910	1 125	1 384	1 159	1 175	1 584	1 431	5,3	3,1	3,8	3,2	3,2	4,3	3,9
Krankheiten der Venen u. Lymphgefäße sowie sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	220	226	270	280	275	198	257	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,5	0,7
Insgesamt	18 161	19 523	19 317	20 353	20 756	24 693	21 142	50,0	53,3	53,0	55,4	56,3	66,8	57,2



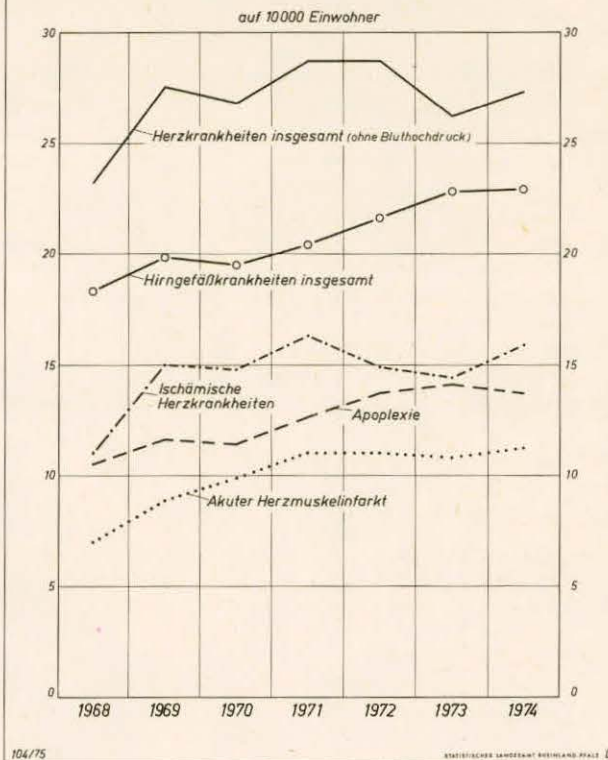
Personen um 57,1%, unter den 50- bis 65jährigen um 33,3% und unter den über 65jährigen um 31,3%.

Ein sehr viel größeres Gewicht als diese Todesursachengruppe weisen die ischämischen Herzkrankheiten (Herzdurchblutungsstörungen) auf, welche im Jahre 1974 immerhin 13,5% aller Sterbefälle bewirkten (chronische, rheumatische Herzkrankheiten 0,6%). Weitgehend bestimmt wird das Sterbegeschehen dieser Gruppe durch den akuten Herzmuskelinfarkt, der im Berichtsjahr in sieben von zehn Fällen tödlicher Herzschemien die Todesursache bildete. Durch ihren hohen Anteil setzen diese Sterbefälle in der Gruppe der ischämischen Todesursachen auch die Häufigkeitswerte hinsichtlich des Geschlechts und des Alters der Gestorbenen. Im Jahre 1974 erlagen insgesamt 5 865 Personen einer ischämischen Herzkrankheit, was einer Sterbehäufigkeit von 15,9 entspricht. Sieben Jahre zuvor ergab sich bei 4 012 Gestorbenen ein Mortalitätswert von 11,0; die zwischenzeitliche Steigerung der Sterblichkeit betrug somit rund 45%. Männer werden sehr viel häufiger das Opfer von ischämischen Herzkrankheiten; ihre Sterbehäufigkeit lag zwischen 1968 und 1974 im Jahresdurchschnitt um 76% über der Sterbehäufigkeit der Frauen. Im jugendlichen Alter gibt es so gut wie keine Sterblichkeit bei diesen Herzkrankheiten, erst ab dem 15. Lebensjahr finden sich Nachweisungen geringer Fallzahlen. Ein deutlicher Anstieg der Mortalität zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr expandiert in den höheren Altersbereichen außerordentlich. So ergab sich für die vorgenannte Altersgruppe im Jahre 1974 eine Sterbeziffer von 4,9; in der dann folgenden Gruppe der 50- bis 65jährigen stieg der Mortalitätswert bereits auf 20,7, um bei den über 65jährig Gestorbenen einen Häufigkeitswert von 83,4 zu erreichen.

#### Sterberisiko durch Herzinfarkt bei Männern doppelt so hoch wie bei Frauen

Die durch akuten Herzmuskelinfarkt bewirkten Sterbefälle haben in der Gruppe der ischämischen Herzkrankheiten zahlenmäßig ein starkes Übergewicht. Unter den 5 865 dieser Diagnosegruppe zugeordneten Sterbefällen des Jahres 1974 gab es 4 154 (71%) tödliche Herzinfarkte. Gemessen an der Gesamtzahl aller Sterbefälle des Berichtsjahres machen sie 9,6% aus, das heißt fast jeder zehnte Verstorbene kam durch einen solchen Infarkt zu Tode. Bei einem Anteil von 5,8% an den Gesamtsterbefällen des Jahres 1968 erlag damals nur etwa jeder Siebzehnte einem Herzinfarkt. Die gegenüber der Sterbefallgruppe der ischämischen Herzkrankheit insgesamt effektiv stärkere Zunahme der Sterblichkeit durch Herzinfarkte sei durch die Gegenüberstellung der beiden Grenzwerte des Berichtszeitraumes verdeutlicht: 1968 errechnete sich eine Mortalitätsziffer von 7,0, im Jahre 1974 eine solche von 11,2. Dies bedeutet einen Sterblichkeitsanstieg um 60%. Ausgenommen das Jahr 1973, haben sich die Jahreswerte des Berichtszeitraumes kontinuierlich erhöht, was Zufälligkeiten in der Sterbehäufigkeit ausschließen dürfte. Die stärkere Gefährdung der Männer durch tödlich verlaufende ischämische Herzkrankheiten ist beim Herzinfarkt besonders

Sterbefälle durch Herzkrankheiten und Hirngefäßkrankheiten 1968 - 1974



ausgeprägt. Im Jahre 1974 kamen auf 1 425 gestorbene Frauen 2 729 gestorbene Männer, was einem Anteil an den jeweiligen Gesamtsterbefällen von 6,6 bzw. 12,4% entspricht. Unter Zugrundelegung der geschlechtsspezifischen Mortalitätswerte (Frauen 7,4, Männer 15,4) ermittelt sich eine für Männer um 108% höhere Sterbehäufigkeit. Im Jahresdurchschnitt des Berichtszeitraumes liegt diese sogar bei 117,5%.

Die Untersuchung der Sterblichkeit durch Herzinfarkte nach Altersgruppen läßt erkennen, daß erst den Nachweisungen des Altersbereichs zwischen 30 und 40 Jahren eine zahlenmäßige und damit statistische Bedeutung zukommt. Eine Entwicklung zeigt sich hier jedoch nicht, die Häufigkeitswerte variieren in den Jahren 1968 bis 1974 ohne Kontinuität zwischen 0,7 und 1,1. Die Sterblichkeit der Frauen ist in diesem Altersbereich am geringsten. In der folgenden Gruppe der im Alter zwischen 40 und 50 Jahren Gestorbenen - 1974 waren es 173 Männer und 32 Frauen - ist ein stetiges Ansteigen der Sterbehäufigkeit während des Berichtszeitraumes augenfällig; die Zunahme betrug rund 42%, wobei die im Vergleich zur Sterblichkeit der Männer (7,4) immer noch weit geringere Frauensterblichkeit (1,4) - im Durchschnitt liegen die Infarkte bei Männern in dieser Altersgruppe um 430% höher - nicht unerheblich stärker expandierte (+ 55,6%). Das gleiche Entwicklungsbild zeigt sich auch - allerdings mit einer geringeren Zunahme der Sterblichkeitsquoten bei den weiblichen Gestorbenen (+ 34,6%) und bei den Gestorbenen insgesamt (+ 25,4%) - in der Altersgruppe 50 bis unter 65



Sterbefälle durch Krankheiten des Kreislaufsystems nach Geschlecht 1968 - 1974

Jahr Geschlecht	Sterbefälle ins- gesamt	Sterbefälle durch Er- krankungen des Kreis- laufsystems	Herzkrankheiten				Hirngefäßkrankheiten		
			zu- sammen	chronische rheuma- tische Herz- krankheiten	Ischämische Herzkrankheiten		zu- sammen	Apoplexie	Ischämische Hirngefäß- krankheiten
					zu- sammen	Herz- muskel- infarkt			
Insgesamt									
1968 männlich	22 750	8 730	4 582	140	2 583	1 729	2 937	1 721	941
weiblich	21 469	9 431	3 856	253	1 429	818	3 720	2 109	1 268
1969 männlich	22 812	9 332	5 324	150	3 343	2 178	3 119	1 791	939
weiblich	21 618	10 191	4 743	240	2 160	1 074	4 120	2 447	1 272
1970 männlich	22 202	8 996	5 121	105	3 297	2 448	2 894	1 695	872
weiblich	21 492	10 321	4 648	183	2 088	1 177	4 209	2 475	1 347
1971 männlich	22 381	9 572	5 540	142	3 607	2 684	3 089	1 920	817
weiblich	21 620	10 781	5 006	189	2 359	1 365	4 396	2 722	1 218
1972 männlich	22 360	9 792	5 557	132	3 393	2 680	3 391	2 142	818
weiblich	21 554	10 964	5 015	188	2 081	1 364	4 582	2 891	1 235
1973 männlich	22 355	9 607	5 126	99	3 283	2 609	3 510	2 229	892
weiblich	21 831	11 080	4 552	167	2 058	1 397	4 915	2 986	1 428
1974 männlich	22 001	9 723	5 334	96	3 581	2 729	3 404	2 058	935
weiblich	21 486	11 419	4 767	157	2 284	1 425	5 046	3 023	1 523
Auf 10 000 Einwohner									
1968 männlich	132,0	50,6	26,6	0,8	15,0	10,0	17,0	10,0	5,5
weiblich	112,4	49,4	20,2	1,3	7,5	4,3	19,5	11,0	6,6
1969 männlich	131,2	53,7	30,6	0,9	19,2	12,5	17,9	10,3	5,4
weiblich	112,5	53,1	24,7	1,2	11,2	5,6	21,4	12,7	6,6
1970 männlich	127,7	51,8	29,5	0,6	19,0	14,1	16,6	9,8	5,0
weiblich	112,7	54,1	24,4	1,0	10,9	6,2	22,1	13,0	7,1
1971 männlich	127,6	54,6	31,6	0,8	20,6	15,3	17,6	10,9	4,7
weiblich	112,8	56,3	26,1	1,0	12,3	7,1	22,9	14,2	6,4
1972 männlich	126,9	55,6	31,5	0,7	19,3	15,2	19,2	12,2	4,6
weiblich	112,1	57,0	26,1	1,0	10,8	7,1	23,8	15,0	6,4
1973 männlich	126,2	54,2	28,9	0,6	18,5	14,7	19,8	12,6	5,0
weiblich	113,3	57,5	23,6	0,9	10,7	7,3	25,5	15,5	7,4
1974 männlich	124,3	54,9	30,1	0,5	20,2	15,4	19,2	11,6	5,3
weiblich	111,5	59,3	24,7	0,8	11,9	7,4	26,2	15,7	7,9

Jahre. 772 Männer und 242 Frauen dieses Alters erlagen im Jahre 1974 einem Herzinfarkt. Innerhalb des Berichtszeitraumes lag die durchschnittliche Sterblichkeit der Männer bei dieser Gruppe (32,2) um 360% über der Sterblichkeit der Frauen (7,0). Im Altersbereich der über 65jährigen findet sich eine noch sehr viel höhere Sterblichkeit durch Herzinfarkt, welche sich bei 1 729 männlichen und 1 145 weiblichen im Jahre 1974 Verstorbenen in den Mortalitätsziffern 85,6 und 35,8 ausdrückt. Auch übertrifft der Anstieg der Sterbehäufigkeit seit 1968 (65%) den der vorerwähnten Altersgruppen ganz erheblich. Weit geringer dagegen ist der Unterschied in der geschlechtsspezifischen Sterblichkeit. Die Werte für die gestorbenen Männer übersteigen die Werte für die gestorbenen Frauen im Durchschnitt nur noch um 131%.

#### Zivilisationsschäden oft ursächlich für Herzinfarkt

Zweifellos ist der tödliche Herzinfarkt bei älteren Menschen wohl weitgehend die Folge von Aufbrauchs- und Abnutzungserscheinungen durch natürliche biologische Alterung. Die hohe Sterblichkeit in diesem Altersbereich versteht sich schon durch das Faktum einer der überproportionalen Zunahme der älteren Bevölkerung entsprechenden altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeit. Anders ist es

jedoch mit der Sterbehäufigkeit in den mittleren Altersjahren. Ursächlich für den hier festzustellenden Sterblichkeitsanstieg dürften wohl vornehmlich die durch Zivilisationsschäden bedingten Herzerkrankungen sein.

Nicht ganz so hoch wie die tödlichen Herzkrankheiten lagen in der Todesursachenstatistik des Jahres 1974 die Hirngefäßkrankheiten mit 8 450 Sterbefällen, was etwa einem Fünftel aller Sterbefälle dieses Jahres entspricht. Die Relation zu den Gesamtsterbefällen hat seit 1968 mit einer Steigerung um 4,3 Prozentpunkte eine stetige Zunahme erfahren. Eine ebenfalls steigende Entwicklung zeigt die Mortalität, welche sich in der gleichen Zeit von 18,3 auf 22,9 veränderte (+ 25,1%). Auf die jeweilige Gesamtbevölkerung bezogen, liegt die Sterbehäufigkeit der Frauen ungleich höher; im Durchschnitt des Berichtszeitraumes betrug der Unterschied annähernd 29%. Unter den tödlichen Hirngefäßkrankheiten sind die Apoplexie und die generalisierten ischämischen Hirngefäßkrankheiten die beiden häufigsten Todesursachen. Für diese ergaben sich 1974 die Sterbezahlen 5 081 und 2 458. Entsprechend den prozentualen Anteilen an den Gesamtsterbefällen (11,7 und 5,7) erlag fast jeder neunte Verstorbene einem apoplektischen Leiden, annähernd jeder siebzehnte einem ischämischen Hirngefäßleiden.



### **In 92% der Sterbefälle durch Schlaganfall wurden über 65jährige betroffen**

Von den tödlichen Auswirkungen dieser beiden Krankheiten werden in besonderem Maße ältere Menschen betroffen. Rund 92% der 1974 einer Apoplexie zum Opfer gefallenen Personen waren über 65 Jahre alt, etwa 97% betrug der Anteil der Verstorbenen dieses Altersbereichs, bei welchen eine generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheit zum Tode führte. Bei der Apoplexie hat die Sterblichkeit zwischen 1968 (10,5) und 1974 (13,7) um nicht ganz ein Drittel zugenommen, was fast ausschließlich auf eine deutliche, wenn auch nicht vollends kontinuierlich ansteigende Mortalität unter den über 65jährigen bewirkt wurde. Interessant ist der Tatbestand - und dies gilt nicht nur für die Apoplexie, sondern für alle Hirngefäßkrankheiten -, daß bei der jeweiligen geschlechtsspezifischen Gesamtmortalität eine

höhere Frauensterblichkeit nachgewiesen wird, wohingegen bei dem Gros der Sterbefälle im Altersbereich der über 50jährigen die Männersterblichkeit überwiegt. Dies hat seine Ursache in dem gegenüber der älteren männlichen Bevölkerung überproportionalen Anwachsen der älteren weiblichen Bevölkerung. Es sei noch festgehalten, daß die Zunahme der Sterblichkeit durch Apoplexie während des Berichtszeitraumes bei den Frauen (+ 42,7%) größer war als bei den Männern (+ 16,0%).

Eine ähnliche, für die Männersterblichkeit jedoch günstigere Entwicklung ergab sich bei den tödlichen generalisierten ischämischen Hirngefäßkrankheiten. Während die Mortalität bei den Männern zwischen 1968 und 1974 einen leicht rückläufigen Verlauf nahm (von 5,5 auf 5,3), wird bei den Frauen ein nach oben gehender Sterblichkeitstrend deutlich.

R. Zirwes

## **Modernisierung - ein neuer Aspekt im Wohnungsbau**

### **Konjunktur und Bauwirtschaft**

In den letzten Jahren erlebte die Bauwirtschaft einen bisher in dieser Größe und Dauer nicht gekannten Aufschwung, der 1973 seinen Höhepunkt mit einem Rekordfertigstellungsergebnis an Wohnungen erreichte. Der Boom im Wohnungsbau ließ sich nicht allein mit der anhaltenden Einkommensexplosion erklären. Vielmehr wirkte offensichtlich das Bestreben, angesichts des fortwährenden Geldwertschwunds ein sicheres und zudem steuerbegünstigtes Sachvermögen in Form von Wohnungseigentum zu bilden, als entscheidende Antriebskraft. Dabei wurde von vielen Bauherren, die sich auf Errichtung und Verkauf von Eigentumswohnungen spezialisiert hatten, die künftige Wirtschaftslage zu optimistisch eingeschätzt. Auswirkungen dieser Fehlplanungen sind in heutiger Zeit eine große Zahl leerstehender und nur schwer verkaufter Wohnungen, die im Bundesgebiet eine Größenordnung von mindestens 200 000 Einheiten erreichen.

Um die Anfang 1973 überschäumende Konjunktur zu bremsen und eine weitere Eskalation des Preisanstiegs mit allen sich daraus ergebenden wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Gefahren zu verhindern, beschloß die Bundesregierung im Mai 1973 eine Anzahl von Maßnahmen zur Preisstabilität. Davon war auch der Wohnungsbau betroffen: Steuervergünstigungen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen wurden für eine bestimmte Zeit ausgesetzt. Der unvermeidbare Anpassungsprozeß an die längerfristigen Gegebenheiten des Wohnungsmarktes wurde durch stabilitätspolitische Bemühungen von Bundesregierung und Bundesbank beschleunigt. Insbesondere die mit der restriktiven Geld- und Kreditpolitik einhergehenden starken Zinssteigerungen führten zu einem erheblichen Rückgang der inflatorisch aufgeblähten Nachfrage nach Vermögensanlagen in Form von Wohnungseigentum.

Die im Herbst 1973 aufgetretene Energiekrise verstärkte den sich zwischenzeitlich weltweit abzeichnenden Rückgang und bewirkte in entscheidendem Maße die heutige Situation mit rund einer Million Arbeitslosen und einer großen Zahl von Kurzarbeitern. Davon ist in erheblichem Maße die Bauwirtschaft mitbetroffen. So lagen die Wohnungsbaugenehmigungen im ersten Halbjahr 1975 in Rheinland-Pfalz mit 10 759 Fällen um etwa 22% niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (13 743) und waren sogar um mehr als die Hälfte geringer als im ersten Halbjahr 1973 (21 964).

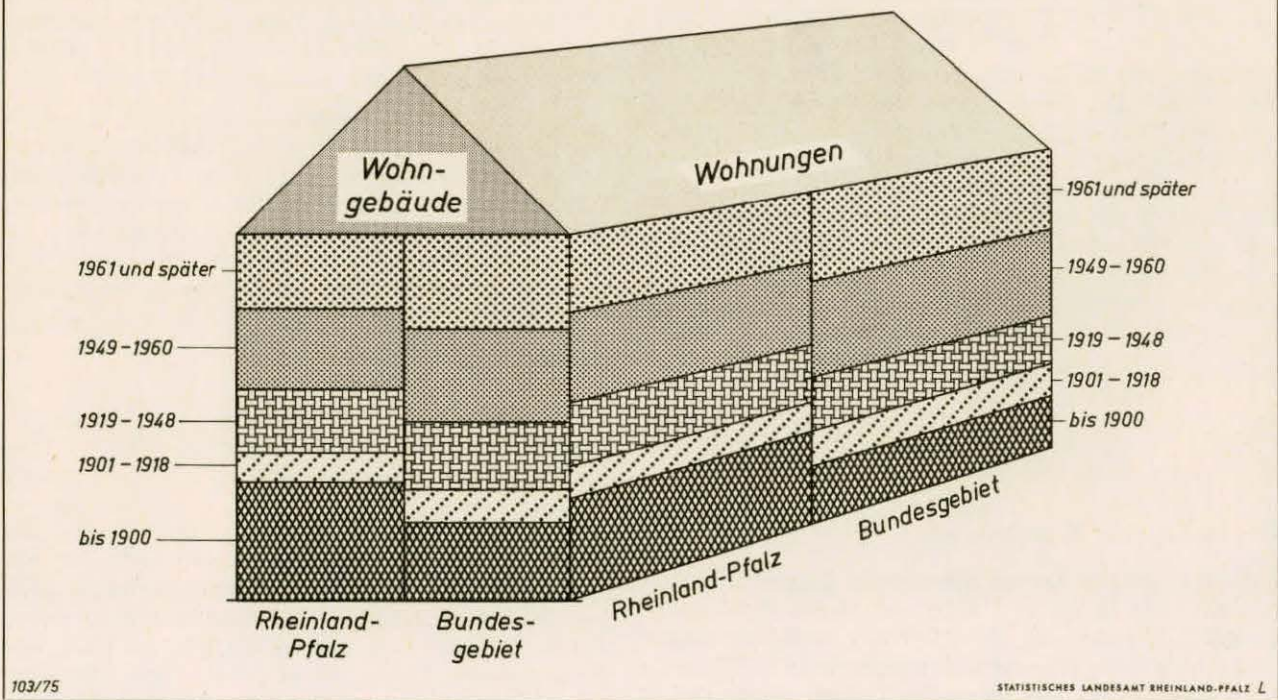
Nach Vorlage eines Sondergutachtens Mitte August 1975 durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird mit zusätzlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen seitens der Bundesregierung gerechnet, wobei nach derzeitigen Informationen Mittel zur Belebung der Bauwirtschaft und hier insbesondere für die Modernisierung von Altbauwohnungen bereitgestellt werden sollen.

### **Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus**

Von 1950 bis Ende 1974 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 727 000 Wohnungen gebaut; damit stehen derzeit 1,35 Mill. Wohnungen im Land zur Verfügung. In Bezug auf die 1,227 Mill. Haushalte bedeutet dies, daß im statistischen Mittel für jeden Haushalt etwas mehr als eine Wohnung vorhanden ist. Gleichzeitig muß aber auch auf noch nicht gelöste Wohnungsprobleme hingewiesen werden, von denen bestimmte Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Disparitäten in der Wohnungsversorgung bestehen in erheblichem Maße für ältere Menschen, junge Ehepaare, kinderreiche Familien, alleinstehende Elternteile - besonders Frauen - mit Kindern, Körperbehinderte und ausländische Arbeitnehmer. Bei dem heute erreichten Stand der quantitativen Wohnungsversorgung geht es in der Wohnungspolitik seit geraumer Zeit schon nicht



## Wohngebäude und Wohnungen nach dem Baualter in Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet im April 1972



mehr um den Bau möglichst vieler Wohnungen zur Verringerung einer allgemeinen Wohnungsnot, sondern um eine Anhebung des Wohnkomforts und den Abbau nicht vertretbarer Ungleichgewichte in der Wohnungsversorgung. Unter wohnungspolitischen Gesichtspunkten ist damit in erster Linie die Frage nach dem notwendigen Volumen und der genaueren Zweckbestimmung des sozialen Wohnungsbaus relevant, dessen Ziel es ist, für die Deckung des Wohnungsbedarfs bestimmter Personengruppen zu sorgen, die entweder durch naturbedingte Gegebenheiten benachteiligt sind oder durch eigene Anstrengungen keine ausreichende Wohnung mieten oder erwerben können. Die Lösung dieser Aufgabe bedarf der gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern in den nächsten Jahren.

### Auch in Zukunft Bedarf an neuen Wohnungen

Neben der wohnungspolitisch wichtigen Frage nach dem künftigen Volumen des sozialen Wohnungsbaus steht die für die gesamte Bau- und Wohnungswirtschaft entscheidende Frage, auf welche mittlere Linie der Wohnungsbau insgesamt unter Berücksichtigung aller direkten und indirekten Förderungsmaßnahmen im Schnitt der nächsten 5 bis 10 Jahre einschwenken wird. Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau rechnete Anfang 1975 längerfristig mit einer mittleren Jahresproduktion von etwa 400 000 bis 450 000 Wohnungen. Ausgehend von diesen Werten fiel auf Rheinland-Pfalz ein durchschnittlicher Jahresbedarf von etwa 23 000 bis 26 000 Wohnungen, das heißt

ein Mittel von 24 500 Einheiten. Danach wäre in unserem Land mit einer jährlichen Bauproduktion zu rechnen, die - bezogen auf die durchschnittlichen Jahresergebnisse von 1950 bis 1974 (29 081 Wohnungen) - nur um 16% niedriger liegen würde als in den genannten 25 Jahren.

### Weshalb Modernisierung?

Die beiden Hauptsäulen des Wohnungsbaus - die private Nachfrage und die öffentliche Förderung - sollen durch einen dritten Bereich, die Modernisierung, weiter ergänzt werden. Diesen neuen Aufgabenschwerpunkt gibt es in Ansätzen zwar schon seit einigen Jahren, jedoch ist er bisher relativ unbeachtet geblieben. Neue Maßnahmen sollen diesen Zustand ändern.

Die ursprünglichen Gedanken der Modernisierung von Wohnungen bildeten Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, das heißt durch bauliche Maßnahmen, die über eine übliche und notwendige Instandhaltung oder Instandsetzung hinausgehen, sollte eine Wertverbesserung von Wohnraum beabsichtigt werden. Die Notwendigkeit, älteren Hausbesitz zu modernisieren, ist nicht allein dadurch begründet, daß heute an eine Wohnung höhere, meist technisch bedingte Wünsche gestellt werden, vielmehr ist ein solches Vorgehen oft aus wirtschaftlichen Gründen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich.

Daneben erfordern städtebauliche Wünsche und die angesprochenen gesellschaftlichen Bedürfnisse,



die nicht allein durch den sozialen Wohnungsbau gelöst werden können, die Modernisierung von erhaltungswürdigem Altwohnungsbestand.

Welche Bedeutung die Modernisierung erlangen wird, ist daraus zu ersehen, daß im nächsten Jahrzehnt nach allgemeiner Erkenntnis eine große Zahl von Wohnungen durch Abriß infolge totaler Überalterung und damit Unbewohnbarkeit bzw. durch andere bauliche Maßnahmen oder Umwidmung aus dem Wohnungsbestand ausscheiden und teilweise durch Neubauten ersetzt werden. In der gleichen Zeit sollte es möglich sein, den größeren Teil der nicht den neuzeitlichen Lebensbedürfnissen entsprechenden Wohnungen durch Modernisierung im Wohnwert zu verbessern.

### Modernisierungsprogramm 1975

Bereits seit einigen Jahren unterstützen der Bund und besonders die Länder bauliche Verbesserungen an Altwohngebäuden mit Darlehen und Zinszuschüssen. Die Erkenntnisse, daß große Flächensanierungen oder Abriß und Neubau von Wohnungen den gestiegenen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden und schwerpunktmäßige Förderung durch nachträgliche Verbesserungen günstiger sind, bewirkte 1974 erstmals die Aufstellung eines gemeinsamen Bund-Länder-Programms der Modernisierungs-Förderung.

Das Modernisierungsprogramm 1975 weist Förderungsmittel von insgesamt 288 Mill. DM aus, die je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden; 228 Mill. DM finden Verwendung als Zuschüsse, 60 Mill. DM als Darlehen. Um die städtebauliche Funktion vor allem älterer Stadtviertel zu erhalten oder zu verbessern, ist ein wirksamer und schwerpunktmäßiger Mitteleinsatz vorgesehen, indem in der Regel Gelder nur innerhalb bestimmter Modernisierungszonen eingesetzt werden. Diese Gebiete bilden zusammenhängende Teile von Gemeinden und haben - je nach Einwohnerzahl - eine bestimmte Mindestgröße aufzuweisen, von denen mehr als die Hälfte der Wohnungen modernisierungsbedürftig sein muß (zum Beispiel 100 Wohneinheiten in

Gemeinden mit 5 000 bis 30 000 Einwohnern). Kriterien hierfür sind insbesondere Wohnungen ohne Bad oder ohne WC innerhalb der Wohnung oder ohne Sammelheizung. Besonders begünstigt wird die Förderung auch in Zonen, die im ländlichen Raum im Rahmen des Bundesraumordnungsprogramms oder nach den Zielen und Programmen der Landesplanung und Landesentwicklung ihre vorgesehene Funktion sonst nicht erfüllen können.

Was die Förderung je Wohnung anbelangt, so ist hier in der Regel ein Höchstbetrag von 20 000 DM festgelegt. Es können Verbesserung und Ausbau der Beheizung - in Abhängigkeit von der Wohnungsgröße - bis maximal 10 000 DM unterstützt werden, bei den sanitären Anlagen liegt die Grenze bei 8 000 DM, für Wärmedämmung und Schutz vor Lärm sind jeweils bis zu 5 000 DM angesetzt. Um die baulichen Veränderungen durchführen zu können, werden degressive Zuschüsse von 7,2 sowie 4,8 und 2,4% über jeweils drei Jahre bis zum Höchstbetrag gewährt.

Der Verteilungsschlüssel für die Mittel des Förderprogramms basiert im wesentlichen auf den Ergebnissen der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968. Danach steht Rheinland-Pfalz eine Quote von 5,7% des Gesamtbetrages zu; der Bund gibt 8,19 Mill. DM, die sich in Zuschüsse (6,48 Mill. DM) und Darlehen (1,71 Mill. DM) gliedern. Den gleichen Betrag steuert das Land bei.

### Ausstattung der Wohnungen in Rheinland-Pfalz

Angaben über Ausstattung und Baualter der Wohnungen weist die amtliche Statistik in Sondererhebungen nach. Für eine Untersuchung des Problemkreises liegen die Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 vor. Zu Vergleichszwecken, die allerdings aus methodischen Gründen eingeschränkt sind, bieten sich Werte der letzten Totalzählung von 1968 an. Da für Modernisierungsmaßnahmen in erster Linie Wohnungen in Frage kommen, deren Baualter von 1949 liegt, soll an Hand einiger Eckdaten dieser Baualtersgruppe geprüft werden, inwieweit bauliche Verbesserungen hinsichtlich der Ausstattung notwendig erscheinen.

Bewohnte Wohnungen mit Küche in Gebäuden nach Ausstattung und Art der Beheizung  
in den Ländern des Bundesgebietes im April 1972

Land	Insgesamt		Ausstattung							
			mit Bad/Dusche	ohne Bad/Dusche	mit Sammel- heizung	ohne Sammel- heizung	mit WC	ohne WC	mit Bad, WC und Sammel- heizung	mit Bad, WC ohne Sammel- heizung
	1 000	%								
Schleswig-Holstein	859	4,2	80,1	19,9	58,1	41,9	95,0	5,0	52,6	24,6
Hamburg	714	3,5	84,1	15,9	62,1	37,9	99,1	0,9	57,5	23,9
Niedersachsen	2 351	11,4	84,4	15,6	51,9	48,1	93,7	6,3	48,7	31,7
Bremen	283	1,4	88,1	11,9	70,0	30,0	99,1	0,9	65,7	21,0
Nordrhein-Westfalen	5 746	27,8	85,6	14,4	47,9	52,1	97,4	2,6	45,3	36,2
Hessen	1 823	8,8	85,8	14,2	46,6	53,4	95,6	4,4	43,8	36,3
Rheinland-Pfalz	1 187	5,8	80,2	19,8	36,2	63,8	90,6	9,4	33,6	39,8
Baden-Württemberg	2 907	14,1	77,4	22,6	37,5	62,5	88,9	11,1	34,0	37,3
Bayern	3 402	16,4	81,5	18,5	34,8	65,2	91,6	8,4	33,5	43,2
Saarland	384	1,9	75,8	24,2	33,6	66,4	95,7	4,3	29,0	40,1
Berlin (West)	978	4,7	75,1	24,9	43,5	56,5	98,6	1,4	42,2	32,5
Bundesgebiet	20 633	100,0	82,4	17,6	44,7	55,3	94,3	5,7	41,9	36,0



In den bis einschließlich 1948 errichteten Gebäuden verfügten 1972 rund 17% der Wohnungen über die höchste Ausstattungsstufe, das heißt sie besaßen Bad, WC und Sammelheizung. Der vergleichbare Wert für 1968 lag bei 11%; daraus ist zu ersehen, daß zwischenzeitlich viele Hausbesitzer Einbaumaßnahmen vorgenommen haben. Diese Feststellung trifft ebenfalls für die übrigen Kriterien zu. Gut vier von zehn Wohnungen hatten 1972 Bad und WC, jedoch keine Sammelheizung; vier Jahre zuvor war es nur jede dritte Wohnung. Der Anteil der qualitativ minderwertigen Einheiten mit WC in der Wohnung, aber ohne Bad hat von 1968 bis 1972 erheblich abgenommen (13 bzw. 8%). Die wertmäßige Ausstattung einer Wohnung wird auch durch die Art der Beheizung geprägt. Zwischen 1968 und 1972 entschlossen sich relativ viele Hausbesitzer für eine Umstellung von Ofenheizung auf Sammelheizung, die 1972 in jeder fünften Wohnung, 1968 dagegen erst in jeder siebten als Wärmespeicher diente.

Diese Zahlen verdeutlichen, daß noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht, um die bis 1949 fertiggestellten Wohnungen ausstattungsmäßig auf das heute allgemein übliche Niveau zu bringen. Verstärkt wird diese Tatsache durch den hohen Anteil an Altbauwohnungen in Rheinland-Pfalz, denn 54% des Bestandes wurden vor 1949 errichtet; nur im Saarland und Berlin (West) liegt dieser Wert noch höher (57 bzw. 64%). Da Rheinland-Pfalz mit seinen weiten ländlichen Zonen nicht so stark wie andere Länder von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges betroffen war, datieren noch knapp

drei Zehntel aller Wohnungen aus der Zeit vor der Jahrhundertwende, ein Viertel wurde zwischen 1901 und 1948 errichtet.

### Bereitschaft zu qualitativer Verbesserung

Im Rahmen der 1%-Wohnungss Stichprobe 1972 wurden die Hausbesitzer auch nach Modernisierungsabsichten befragt, die entweder bereits begonnen oder für die folgenden zwölf Monate geplant waren bzw. innerhalb der auf April 1973 folgenden zwei Jahre durchgeführt werden sollten. Insgesamt waren für rund 37 700 Wohngebäude bauliche Verbesserungen vorgesehen, wovon in der Aufgliederung nach Einzelmaßnahmen in etwa gleicher Zahl der Einbau von Bädern und Duschen bzw. von Sammelheizungen ins Auge gefaßt war; der Einbau von Innentoiletten (WC) rangierte noch vor der zentralen Warmwasserversorgung und der Elektroinstallation. Ein Großteil der geplanten Modernisierungsarbeiten entfiel dabei auf Wohngebäude, die vor der Jahrhundertwende errichtet worden sind.

Angesichts dieser Fakten wird offenkundig, daß die Hausbesitzer in Rheinland-Pfalz der Modernisierung ihrer Wohnungen aufgeschlossen gegenüberstehen und an der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes interessiert sind. Die private Initiative, die stets Voraussetzung für solche Vorhaben ist, kann durch staatliche Hilfsmaßnahmen aktiviert und unterstützt werden.

*Diplom-Volkswirt I. Hawliczek*

## Hochbautätigkeit 1974

### Wohnungsbau deutlich eingeschränkt

Im Jahre 1974 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 33 174 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau fertiggestellt, gegenüber 38 356 im Jahr zuvor. Das Rekordergebnis des Jahres 1973 wurde damit um nicht weniger als 5 182 Wohnungen oder 14% unterschritten. Die vor Jahresfrist vom Statistischen Landesamt in dem Beitrag über die Hochbautätigkeit 1973 vorausgeschätzte Zahl von 33 000 zu erwartenden Wohnungseinheiten wurde also fast erreicht.

Die konjunkturelle Abschwungsphase, durch welche die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik im Jahre 1974 gekennzeichnet war, hat neben anderen Industriezweigen vor allem die Bauwirtschaft in erheblichem Umfang getroffen. Ende Dezember 1973 hatte die Bundesregierung die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend aufgehoben und im Februar 1974 ein Sonderprogramm in Höhe von 900 Mill. DM beschlossen, mit dem die Arbeitslosigkeit in einzelnen Regionen gemildert werden und das hauptsächlich der Bauwirtschaft zugute kommen sollte. Im Herbst des vergangenen Jahres folgte ein weiteres Sonderprogramm in Höhe von 950 Mill. DM. Dennoch sah sich die Bauwirtschaft zu einer spürbaren Anpassung der Produktionskapazität an ein vermindertes Auftrags-

volumen gezwungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Wohnungsbau der Zeitraum von der Planung und Baugenehmigung bis zur endgültigen Fertigstellung noch immer relativ lang ist. Das noch verhältnismäßig hohe Fertigstellungsergebnis des Berichtsjahres ist deshalb vorwiegend auf die große Anzahl von Baugenehmigungen vor 1974 zurückzuführen. Die Produktion wurde noch keineswegs vollständig an die geschrumpfte Nachfrage angepaßt. Es kann jedoch angenommen werden, daß sich die Fertigstellungen im Wohnungsbau im Jahre 1975 auf dem stark gesunkenen Niveau der Baugenehmigungen oder darüber stabilisieren dürften, zumal viele Bauwillige bei sinkenden Hypothekenzinsen aufgeschobene Bauvorhaben in Angriff nehmen werden. Allerdings hat die überhitzte Baukonjunktur der vorausgegangenen Jahre die Marktbedingungen für eine Belebung der Nachfrage nach Wohnbauten spürbar eingeschränkt. Im Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird dargelegt, daß die Bauwirtschaft auf mittlere Sicht kaum ein höheres, eher aber ein niedrigeres Wohnungsbauvolumen zu erwarten haben dürfte.

Am Jahresende 1974 belief sich die Zahl der bereits genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen in Rheinland-Pfalz auf 56 300; das wa-



Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einwohner	6 241	43,1	8 163	27,0	42 416	30,9	5,2	889	108,9	5 640	823 330	100 861
2 000 - 5 000 "	2 746	19,0	4 365	14,4	21 577	15,7	4,9	446	102,2	2 734	426 607	97 734
5 000 - 20 000 "	2 504	17,3	6 208	20,5	28 302	20,6	4,6	582	93,8	3 211	520 818	83 895
20 000 - 50 000 "	1 022	7,1	3 549	11,7	14 750	10,7	4,2	307	86,5	1 648	264 541	74 540
50 000 - 100 000 "	716	4,9	1 859	6,2	7 947	5,8	4,3	165	88,8	903	147 674	79 437
100 000 und mehr "	1 247	8,6	6 103	20,2	22 432	16,3	3,8	463	75,9	2 461	416 910	68 312
<b>Insgesamt</b>	<b>14 476</b>	<b>100,0</b>	<b>30 247</b>	<b>100,0</b>	<b>137 424</b>	<b>100,0</b>	<b>4,5</b>	<b>2 852</b>	<b>94,3</b>	<b>16 597</b>	<b>2 599 880</b>	<b>85 955</b>
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	6 041	46,0	7 289	44,7	38 977	44,9	5,3	821	112,6	5 294	771 151	105 797
2 000 - 5 000 "	2 564	19,5	3 213	19,7	17 178	19,8	5,3	361	112,4	2 312	361 088	112 383
5 000 - 20 000 "	2 181	16,6	2 849	17,5	14 817	17,0	5,2	320	112,3	1 995	317 843	111 563
20 000 - 50 000 "	837	6,4	1 069	6,4	5 696	6,6	5,3	122	114,1	784	125 929	117 801
50 000 - 100 000 "	636	4,9	782	4,8	4 138	4,8	5,3	87	111,3	528	87 760	112 225
100 000 und mehr "	864	6,6	1 121	6,9	6 007	6,9	5,4	130	116,0	807	139 874	124 776
<b>Zusammen</b>	<b>13 123</b>	<b>100,0</b>	<b>16 323</b>	<b>100,0</b>	<b>86 813</b>	<b>100,0</b>	<b>5,3</b>	<b>1 841</b>	<b>112,8</b>	<b>11 720</b>	<b>1 803 645</b>	<b>110 497</b>
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	200	14,8	874	6,3	3 439	6,8	3,9	68	77,8	346	52 179	59 701
2 000 - 5 000 "	182	13,5	1 152	8,3	4 399	8,7	3,8	85	73,8	422	65 519	56 874
5 000 - 20 000 "	323	23,9	3 359	24,1	13 485	26,6	4,0	262	78,0	1 216	202 975	60 427
20 000 - 50 000 "	185	13,7	2 480	17,8	9 054	17,9	3,7	185	74,6	864	138 612	55 892
50 000 - 100 000 "	80	5,9	1 077	7,7	3 809	7,5	3,5	78	72,4	375	59 914	55 630
100 000 und mehr "	383	28,2	4 982	35,8	16 425	32,5	3,3	333	66,8	1 654	277 036	55 607
<b>Zusammen</b>	<b>1 353</b>	<b>100,0</b>	<b>13 924</b>	<b>100,0</b>	<b>50 611</b>	<b>100,0</b>	<b>3,6</b>	<b>1 011</b>	<b>72,6</b>	<b>4 877</b>	<b>796 235</b>	<b>57 184</b>

ren 8 300 oder 13% weniger als Ende 1973. Etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen befand sich bereits unter Dach, während etwa ein Fünftel noch nicht unter Dach und reichlich ein Viertel noch nicht begonnen war. Unter Berücksichtigung der um 12 994 oder 33% auf 26 394 gesunkenen Zahl der Baugenehmigungen im Berichtsjahr und des verminderten Bauüberhangs am Jahresende 1974 dürfte die Wohnungsbauleistung 1975 voraussichtlich nur knapp 31 000 Einheiten erreichen.

Am Jahresende 1974 belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz auf 1 349 257 Einheiten. Zu diesem Zeitpunkt entfiel durchschnittlich eine Wohnung auf 2,7 Personen gegenüber 2,8 vor Jahresfrist.

### Produktion von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stark gedrosselt

In Rheinland-Pfalz wurden 1974 insgesamt 14 476 Wohngebäude fertiggestellt, das waren 1 761 oder 11% weniger als im Vorjahr. Während der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern um 9,3% auf 13 123 zurückging, ergab sich bei den Mehrfamilienhäusern sogar eine Reduzierung um fast ein Viertel auf 1 353. Befanden sich noch 1973 in jeder der beiden Gebäudekategorien annähernd gleich viele Wohnungen, so überwogen diese im Berichtsjahr in den Ein- und Zweifamilienhäusern mit 16 323 ganz deutlich. Die in Mehrfamilienhäusern errichteten Wohnungen beliefen sich auf nur noch 13 924, das waren 3 782 weniger als im Jahr zuvor. Die in geringerem Maße eingeschränkte Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern, welche ganz überwiegend von den privaten Haushalten ausgeht, hat da-

zu beigetragen, die Krise in der Bauwirtschaft nicht noch ausgeprägter werden zu lassen.

Infolge des gestiegenen Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhte sich die durchschnittliche Wohnfläche der neuerrichteten Wohnungen um 2,3 auf 94,3 qm und übertraf somit die im Jahre 1971 ermittelte bisher höchste durchschnittliche Wohnfläche von 94,2 qm ganz knapp. Sowohl in Ein- und Zweifamilienhäusern als auch in Mehrfamilienhäusern nahm die durchschnittliche Wohnfläche geringfügig um 0,8 qm zu; bei den erstgenannten stieg sie auf 112,8 qm und bei letzteren auf 72,6 qm. Seit 1959 läßt sich für neuerrichtete Wohnungen, abgesehen von den Jahren 1969 und 1972, eine beständige leichte Zunahme der Wohnfläche beobachten. Die Zahl der Räume je Wohnung insgesamt belief sich ebenso wie 1973 auf 4,5, wobei Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern durchschnittlich über 5,3 Räume verfügten, in Mehrfamilienhäusern dagegen nur über 3,6.

### Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern um 9,5% höher

Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung, welche 1972 um knapp 8% und 1973 um 9,5% angestiegen waren, erfuhren auch im Berichtsjahr eine kräftige Erhöhung, und zwar um 9 125 DM oder 12%. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich der Anteil der teureren Ein- und Zweifamilienhäuser erhöht hat. Für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 110 497 DM (+ 9,5%) errechnet, für solche in Mehrfamilienhäusern 57 184 DM (+ 8,7%); erstere waren in Großstädten am teuersten, letztere hingegen in den



Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Wohnungen	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	1 920	213	11,1	446	23,2	610	31,8	360	18,7	291	15,2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	4 375	455	10,4	1 007	23,0	1 571	35,9	1 268	29,0	74	1,7
Sonstige Wohnungsunternehmen	3 172	680	21,4	628	19,8	813	25,6	891	28,1	160	5,1
Öffentliche Bauherren	381	21	5,5	94	24,7	121	31,8	122	32,0	23	6,0
Private Haushalte	22 673	1 799	7,9	2 633	11,6	5 131	22,6	9 864	43,5	3 246	14,4
unter 2 000 Einwohner	9 191	351	3,8	948	10,3	1 855	20,2	4 384	47,7	1 653	18,0
2 000 - 5 000 "	4 811	202	4,2	617	12,8	1 172	24,4	2 149	44,7	671	13,9
5 000 - 20 000 "	6 603	557	8,4	1 128	17,1	1 693	25,6	2 426	36,8	799	12,1
20 000 - 50 000 "	3 665	400	10,9	681	18,6	1 197	32,7	1 156	31,5	231	6,3
50 000 - 100 000 "	2 004	187	9,3	383	19,1	579	28,9	713	35,6	142	7,1
100 000 und mehr "	6 247	1 471	23,6	1 051	16,8	1 750	28,0	1 677	26,8	298	4,8
Koblenz	12 753	973	7,6	1 973	15,5	3 309	26,0	4 987	39,1	1 511	11,8
Trier	3 261	180	5,5	472	14,5	700	21,5	1 424	43,7	485	14,8
Rheinhausen-Pfalz	16 507	2 015	12,2	2 363	14,3	4 237	25,7	6 094	36,9	1 798	10,9
<b>Insgesamt</b>	<b>32 521</b>	<b>3 168</b>	<b>9,7</b>	<b>4 808</b>	<b>14,8</b>	<b>8 246</b>	<b>25,4</b>	<b>12 505</b>	<b>38,4</b>	<b>3 794</b>	<b>11,7</b>

drei untersten Gemeindegrößenklassen. Die Gründe hierfür sind einmal darin zu finden, daß Wohnungen in Mehrfamilienhäusern über eine deutlich geringere Wohnfläche verfügen und nicht selten einfacher ausgestattet sind. Hinzu kommt, daß Mehrfamilienhäuser in Großstädten im Durchschnitt mehr Wohneinheiten aufweisen, so daß die Kosten für Keller und Dachgeschoß die einzelne Wohnung weniger stark belasten.

Innerhalb der einzelnen Größenklassen ergaben sich hinsichtlich der Unterscheidungskriterien - Zahl der Gebäude, Wohnungen und Räume - gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Veränderungen. Etwas erhöht hat sich der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, welche in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern gebaut wurden. Im Berichtsjahr entfielen 46% davon auf die unterste Gemeindegrößenklasse gegenüber rund zwei Fünftel in den davorliegenden Jahren. Dementsprechend stieg auch der Anteil der in Kleinstgemeinden errichteten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Von den in Mehrfamilienhäusern errichteten Wohnungen sind 36% in Großstädten anzutreffen gegenüber 38% im Jahr zuvor. Hinsichtlich der durchschnittlichen Anzahl der Räume je Wohnung läßt sich abermals feststellen, daß Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in allen Gemeindegrößenklassen von der durchschnittlichen Gesamtzahl von 5,3 Räumen kaum abweichen. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern verfügten dagegen in Kleinstgemeinden über 3,9 Räume, in den Großstädten aber nur noch über 3,3; dementsprechend beträgt die Wohnfläche je Wohnung 77,8 bzw. 66,8 qm.

#### Private Bauherren verhinderten noch stärkeren Rückgang der Bautätigkeit

Eine Aufgliederung der Fertigstellungen im Wohnneubau nach Bauherrngruppen zeigt, daß gegenüber dem Vorjahr lediglich die Zahl der privaten Haushalte konstant geblieben ist, während alle übrigen Bauherren an Bedeutung erheblich

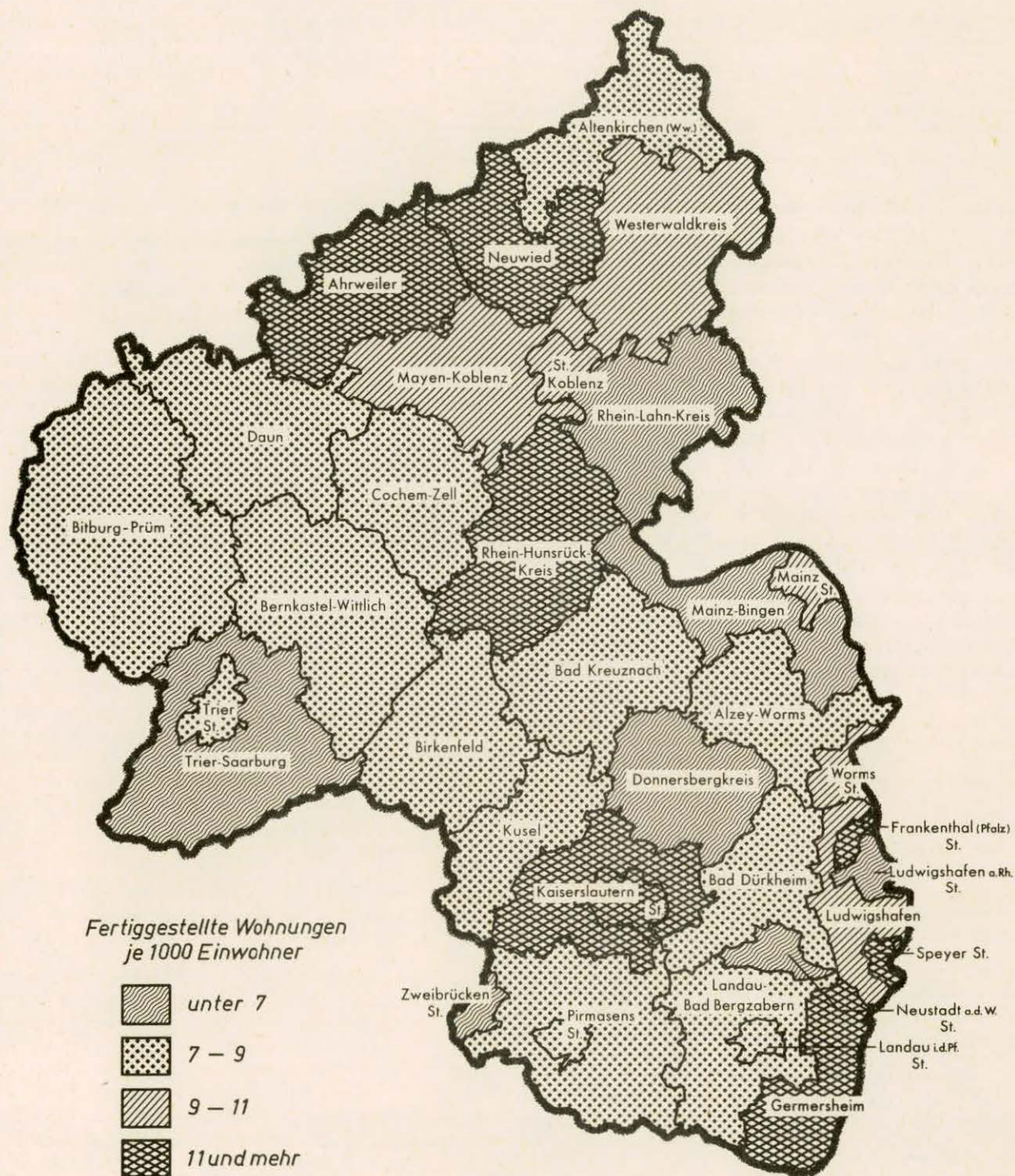
einbüßten. Damit erhöhte sich der Anteil der privaten Haushalte an den Bauherren insgesamt, welcher 1972 und 1973 noch knapp zwei Drittel erreicht hatte, auf 70%. Es kann angenommen werden, daß auch künftig die privaten Bauherren dazu beitragen werden, die Rezession in der Bauwirtschaft nicht noch schärfer ausfallen zu lassen. Am stärksten war der Rückgang bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, die 1974 nur 4 375 Wohnungen errichteten, das waren 1 083 weniger als im Jahr vorher. Was die Raumzahl je Wohnung anbelangt, so verringerte sich der Anteil der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen von 11,3 auf 9,7%. Die Reduzierung steht in enger Verbindung mit der deutlich niedrigeren Zahl von neuerrichteten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Dementsprechend erhöhte sich die Quote der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen von 47,9 auf 50,1%. Unter den einzelnen Bauherrngruppen konnten bei den sonstigen Wohnungsunternehmen, den Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) und den öffentlichen Bauherren größere Anteile an Wohnungen mit 5 und mehr Räumen ermittelt werden. In der Unterteilung nach Gemeindegrößenklassen ergaben sich keine größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

#### Stärkere Bautätigkeit unverändert in der Nähe industrieller Ballungsräume

Die Analyse der fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in der Unterteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten ergab, daß mit 1 853 Wohnungen die Landeshauptstadt Mainz über die absolut höchste Zahl verfügt; danach folgen der Westerwaldkreis (1 799), die Stadt Kaiserslautern (1 731) und der Landkreis Neuwied (1 695). Hierzu ist allerdings zu erwähnen, daß in Mainz und Kaiserslautern relativ viele kleine Wohnungen mit 1 und 2 Räumen erstellt wurden. In Mainz verfügen 634 oder 34% der neuerrichteten Wohnungen nur über 1 bis 2 Räume, während 546



# Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden 1974





Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1974

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen	448	37	8,3	97	21,6	177	39,5	137	30,6	1 770
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 977	153	7,7	492	24,9	794	40,2	538	27,2	7 738
Private Haushalte	1 700	32	1,9	154	9,1	254	14,9	1 260	74,1	9 236
unter 2 000 Einwohner	759	9	1,2	42	5,5	67	8,8	641	84,5	4 370
2 000 - 5 000 "	532	21	3,9	92	17,3	162	30,5	257	48,3	2 515
5 000 - 20 000 "	586	21	3,6	112	19,1	154	26,3	299	51,0	2 721
20 000 - 50 000 "	510	3	0,6	96	18,8	197	38,6	214	42,0	2 309
50 000 - 100 000 "	519	33	6,4	130	25,1	144	27,7	212	40,8	2 143
100 000 und mehr "	1 219	135	11,1	271	22,2	501	41,1	312	25,6	4 686
Insgesamt	4 125	222	5,4	743	18,0	1 225	29,7	1 935	46,9	18 744

oder 29% fünf und mehr Räume aufweisen. Die entsprechenden Zahlen für Kaiserslautern belaufen sich auf 556 oder 32% bzw. 358 oder 21%. Im Westerwaldkreis konnten hingegen nur 147 Wohnungen (8,2%) mit 1 oder 2 Räumen, dagegen 937 (52%) mit fünf und mehr Räumen ermittelt werden. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner war unter den kreisfreien Städten mit 19,0 am höchsten in Speyer, gefolgt von Kaiserslautern (17,0), Frankenthal (11,3) und Mainz (10,1). Bei den Landkreisen lag Ahrweiler mit 13,1 fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner an der Spitze; dahinter rangieren der Rhein-Hunsrück-Kreis (12,2), Gernersheim und Kaiserslautern (je 11,2), Neuwied (11,1), der Westerwaldkreis (10,8) und Ludwigshafen (10,2). Beim Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die in den Landkreisen errichteten Wohnungen durchschnittlich etwas größer ausfielen als in den kreisfreien Städten.

Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnungen 1974

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Insgesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
		Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	1 890	0,6	0,6	99,4	99,4
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	4 375	1,1	1,1	98,9	98,9
Sonst. Wohnungsunternehmen	3 169	0,4	0,4	99,6	99,6
Öffentliche Bauherren	373	11,8	11,8	88,2	88,2
Private Haushalte	20 440	2,7	2,7	97,3	97,1
unter 2 000 Einwohner	8 163	4,3	4,3	95,7	95,5
2 000 - 5 000 "	4 365	2,0	2,0	98,0	97,9
5 000 - 20 000 "	6 208	1,8	1,8	98,2	98,1
20 000 - 50 000 "	3 549	0,7	0,7	99,3	99,2
50 000 - 100 000 "	1 859	1,5	1,5	98,5	98,5
100 000 und mehr "	6 103	1,2	1,2	98,8	98,8
Koblenz	11 826	1,9	1,9	98,1	98,0
Trier	3 071	2,0	2,0	98,0	97,9
Rheinhausen-Pfalz	15 350	2,5	2,5	97,5	97,4
<b>Insgesamt</b>	<b>30 247</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>97,8</b>	<b>97,7</b>

### Mehr Wohnungen in Fertigteilbauweise errichtet

Die auf den Fertigteilbau spezialisierten Betriebe dürften das konjunkturelle Tief der Bauwirtschaft im Berichtsjahr weniger stark gespürt haben. In Rheinland-Pfalz beliefen sich die im Fertigteilbau erstellten Gebäude beim Wohnbau auf 1 075 (— 7,2%) mit 1 457 Wohnungen (+ 8,1%), beim Nichtwohnbau auf 221 Gebäude (— 12%), in denen sich allerdings nur 9 Wohnungen befanden, 5 weniger als 1973. Somit wurden 7,4% aller Wohnneubauten in Fertigteilbauweise erstellt gegenüber 7,1% im Vorjahr. Im Nichtwohnbau verringerte sich der Anteil von 8,4 auf 7,9%. Unter den in Fertigteilbau errichteten Gebäuden dominierten mit 933 die Einfamilienhäuser, danach folgten Zweifamilienhäuser (126). Im Nichtwohnbau war der Fertigteilbau abermals vor allem bei der Errichtung von Schulbauten anzutreffen. Entfielen 1973 von den insgesamt erstellten 67 Schulen immerhin 13 auf diese Bauart, so waren es im Berichtsjahr von insgesamt 41 Schulen allein 11; für letztere wurden 21,3 Mill. DM reine Baukosten veranschlagt. Entsprechend der für den gesamten Wohnungsbau geltenden Relation wurden auch für die in Fertigteilbauweise errichteten Gebäude als größte Bauherrengruppe im Wohnbau die privaten Haushalte und im Nichtwohnbau die Unternehmen und freien Berufe ermittelt.

### 98% der Wohnneubauten verfügen über Bad und Zentralheizung

Auf die Installation von Bad und Zentralheizung wird in neuerrichteten Wohnungen nur noch in wenigen Ausnahmefällen verzichtet. So verfügten von allen Wohnneubauten des vergangenen Jahres 98% über Bad und Zentralheizung gegenüber 97% im Jahr zuvor. Bei den öffentlichen Bauherren, die allerdings nur wenige Gebäude erstellten, erreichte der Anteil der Wohnneubauten mit Ofenheizung dagegen noch knapp 12%. Für private Haushalte, die zahlenmäßig bedeutendste Gruppe, ergab sich nochmals eine geringfügige Zunahme der Quote der Wohnungen mit Bad und Zentralheizung von 96,6 auf 97,1%. Am komfortabelsten bauten die son-



stigen Wohnungsunternehmen; nur noch 0,4% ihrer Wohnneubauten waren mit Ofenheizung ausgestattet. Vergleichsweise sei erwähnt, daß von dem bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968 ermittelten Bestand an Wohnungen nur knapp ein Viertel über Bad, WC und Zentralheizung verfügte.

**Im sozialen Wohnungsbau 9,8% weniger Wohnungen fertiggestellt**

Der soziale Wohnungsbau, welcher in den vorhergegangenen Jahren teilweise beachtliche Zuwachsraten an fertiggestellten Wohnungen zu verzeichnen hatte, mußte im Berichtsjahr einen Rückgang um 9,8% auf 4 125 Einheiten hinnehmen, der somit geringer ausfiel als im gesamten Wohnbau. Der Anteil an den insgesamt in Rheinland-Pfalz errichteten Wohnungen erhöhte sich geringfügig von 11,9 auf 12,4%. Als Bauherren dominierten mit 1 977 Fertigstellungen erneut die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, denen schon seit vielen Jahren aufgrund der Förderungsbestimmungen für den sozialen Wohnungsbau eine erhebliche Bedeutung zukommt. Danach folgten die privaten Haushalte, welche auf eine Quote von reichlich zwei Fünftel kamen. Allein bei den Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Verwaltungen erhöhte sich die Zahl der Wohnungszugänge, und zwar um 58 auf 448. Was die Größe der Wohnungen anbelangt, so konnte festgestellt werden, daß im sozialen Wohnungsbau die Wohnungen mit 3 und 4 Räumen einen höheren Anteil erlangten als im gesamten Wohnungsbau, während solche mit 5 und mehr Räumen sowie Kleinstwohnungen einen ge-

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnungen 1974 (vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
		%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	215	-	-	100,0	100,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 977	1,3	1,3	98,7	98,7
Sonst. Wohnungsunternehmen	169	3,0	3,0	97,0	97,0
Öffentliche Bauherren	55	21,8	21,8	78,2	78,2
Private Haushalte	1 621	2,7	2,7	97,3	97,0
unter 2 000 Einwohner	717	4,5	4,5	95,5	95,5
2 000 - 5 000 "	527	2,3	2,3	97,7	97,4
5 000 - 20 000 "	565	4,8	4,8	95,2	94,3
20 000 - 50 000 "	502	0,6	0,6	99,4	99,4
50 000 - 100 000 "	511	2,2	2,2	97,8	97,8
100 000 und mehr "	1 215	0,1	0,1	99,9	99,9
Koblenz	1 154	2,2	2,2	97,8	97,8
Trier	362	2,2	2,2	97,8	97,8
Rheinhausen-Pfalz	2 521	2,1	2,1	97,9	97,9
Insgesamt	4 037	2,1	2,1	97,9	97,7

ringeren Stellenwert haben. In neuerrichteten Mehrfamilienhäusern befinden sich 2 605 Wohnungen und in Ein- und Zweifamilienhäusern 1 432; bei letzteren fiel der Rückgang gegenüber dem Vorjahr etwas stärker aus. Die Wohnfläche je Wohnung verringerte sich im Landesdurchschnitt von 89,5 auf 88,0 qm und blieb damit um 6,3 qm unter derjenigen des gesamten Wohnneubaus. Die Kosten pro Wohnung, welche 1973 um 11% zugenommen

Baufertigstellungen im Nichtwohnbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Gebäudearten, Bauherren und Gemeindegrößenklassen 1974

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohn- nungen	Brutto- wohn- fläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl	1 000 qm	qm	1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM		
Anstaltsgebäude	126	37	1,7	124	984	558	4 429	121 047	217
Bürogebäude	146	82	7,1	192	1 315	1 096	7 507	222 379	203
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	652	1	0,1	185	284	860	1 319	45 054	52
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 437	466	43,2	1 167	812	7 246	5 042	694 142	96
Schulen	41	1	0,1	88	2 146	440	10 732	95 725	218
Sonstige Nichtwohngebäude	394	29	2,8	210	533	1 343	3 409	226 050	168
Unternehmen und freie Berufe	2 275	533	49,3	1 540	677	9 211	4 049	950 270	103
Land- und Forstwirtschaft	629	1	0,1	179	285	834	1 326	43 247	52
Produzierendes Gewerbe	694	81	8,9	642	925	4 117	5 932	338 427	82
Handel, Geld und Versicherungswesen, Dienstleistungen	874	447	39,7	664	760	3 921	4 486	488 750	125
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	78	4	0,6	55	705	339	4 346	79 846	236
Öffentliche Bauherren	454	72	4,9	515	1 134	2 280	5 022	449 463	197
Gemeinden und Gemeindeverbände	248	20	1,9	227	915	1 333	5 375	259 842	195
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	87	10	0,7	84	966	404	4 644	90 079	223
Organisationen ohne Erwerbscharakter	119	42	2,3	104	874	543	4 563	99 542	183
Private Haushalte	67	11	0,8	10	149	52	776	4 664	90
unter 5 000 Einwohner	1 529	156	16,6	654	428	3 467	2 268	326 437	94
5 000 - 50 000 "	735	112	11,9	610	830	3 682	5 010	413 919	112
50 000 - 100 000 "	173	66	5,3	157	908	960	5 549	122 159	127
100 000 und mehr "	359	282	21,2	544	1 515	3 434	9 565	541 882	158
Insgesamt	2 796	616	55,0	1 965	703	11 543	4 128	1 404 397	122



hatten, stiegen im Berichtsjahr weniger stark an und beliefen sich auf 74 207 (+ 7%). Mit 98% ist der Anteil der fertiggestellten Wohnungen, die mit Bad und Zentralheizung ausgestattet wurden, ebenso hoch wie im gesamten Wohnneubau.

### **Rezessive Entwicklung im Nichtwohnbau weniger ausgeprägt**

In geringerem Umfang als den Wohnbau betraf die Rezession auch den Nichtwohnbau. Die im Nichtwohnbau errichteten Gebäude beliefen sich auf 2 796, die darin befindlichen Wohnungen auf 616; das sind 6,0% weniger Gebäude, aber 16% mehr Wohnungen als 1973. Den im Berichtsjahr für die neuerrichteten Gebäude im Wohnbau veranschlagten reinen Baukosten in Höhe von 2,6 Mrd. DM standen Investitionen im Nichtwohnbau gegenüber, die 1,4 Mrd. DM ausmachten; letztere erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,9%. Je Kubikmeter umbauten Raumes stiegen die veranschlagten reinen Bau-

kosten um 12% auf 122 DM. Bei Anstaltsgebäuden allerdings gingen sie kräftig zurück, und zwar von 304 DM auf 217 DM, während sie mit 218 DM (+ 12%) den höchsten Durchschnittswert bei Schulen erreichten. Der umbaute Raum schrumpfte um 8,1% auf 11,54 Mill. cbm und die Nutzfläche um 11% auf 1,97 Mill. qm. Auch die Nutzfläche je Gebäude verringerte sich, und zwar auf 703 qm gegenüber 740 qm im Jahr zuvor. In der Gliederung nach Gebäudearten zeigte sich erneut, daß mehr als die Hälfte aller Gebäude zu den gewerblichen Betriebsgebäuden gehören, in denen mehr als drei Viertel aller Wohnungen liegen. Die größte nicht Wohnzwecken dienende Nutzfläche je Gebäude wiesen Schulen mit 2 146 qm und Bürogebäude mit 1 315 qm auf. Als Bauherren dominierten erneut die Unternehmen und freien Berufe, die 2 275 Gebäude errichteten, gegenüber 2 447 im Vorjahr.

*Diplom-Volkswirt A. Wachweger*

## **Regionale Verteilung der Einkommensteuer-Veranlagten und ihrer Einkünfte 1971**

Die folgende Darstellung der Einkommensteuerpflichtigen und ihrer Einkünfte in der Gliederung nach Verwaltungsbezirken - Gebietsstand 31. Dezember 1973 - bezieht sich auf die insgesamt 392 300 mit einem positiven Einkommensbetrag veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen. Außerhalb der Betrachtung bleiben also die mit einem Verlust Veranlagten - ihre Zahl belief sich lediglich auf 1,4% aller Veranlagungen - sowie die knapp 900 beschränkt einkommensteuerpflichtigen Ausländer, die inländische Einkünfte erzielt hatten.

Für die regionale Zuordnung der Einkommensteuerpflichtigen war nach den Veranlagungsmodalitäten der Finanzämter der jeweilige Wohnort entscheidend. Es ist daher zu beachten, daß der Ort der Entstehung der Einkünfte keinesfalls immer mit dem hier nachgewiesenen Veranlagungsort identisch sein muß. Das Wohnsitzprinzip ist im übrigen vom Gesetzgeber auch bei der Aufteilung des den Gemeinden zustehenden 14%-Anteils an der Einkommensteuer zugrundegelegt worden; gemäß § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes ist für die Zurechnung der Steuerbeträge an die Gemeinden der in der Statistik ermittelte Wohnsitz der Steuerpflichtigen maßgebend und nicht etwa ihr Arbeitsort bzw. der Sitz eines eventuellen gewerblichen, landwirtschaftlichen oder freiberuflichen Unternehmens.

### **Die relativ meisten Einkommensteuer-Veranlagten wohnen in Neustadt**

Die Veranlagungsdichte, das ist die Zahl der zur Einkommensteuer Veranlagten bezogen auf die Einwohnerzahl, erlaubt gewisse Rückschlüsse auf die wirtschaftliche und soziale Struktur sowie die Einkommenssituation einer regionalen Einheit. Eine vergleichsweise hohe Dichteziffer zeigt sich vornehmlich in Gebieten mit mittelständischer Wirtschaft, sie spiegelt im allgemeinen das Vorhandensein von Handwerks- und kleineren Industriebetrieben des produzierenden Bereichs, des Handels- und des Dienstleistungssektors wider; das gleiche gilt für Orte mit einem überdurchschnittlichen An-

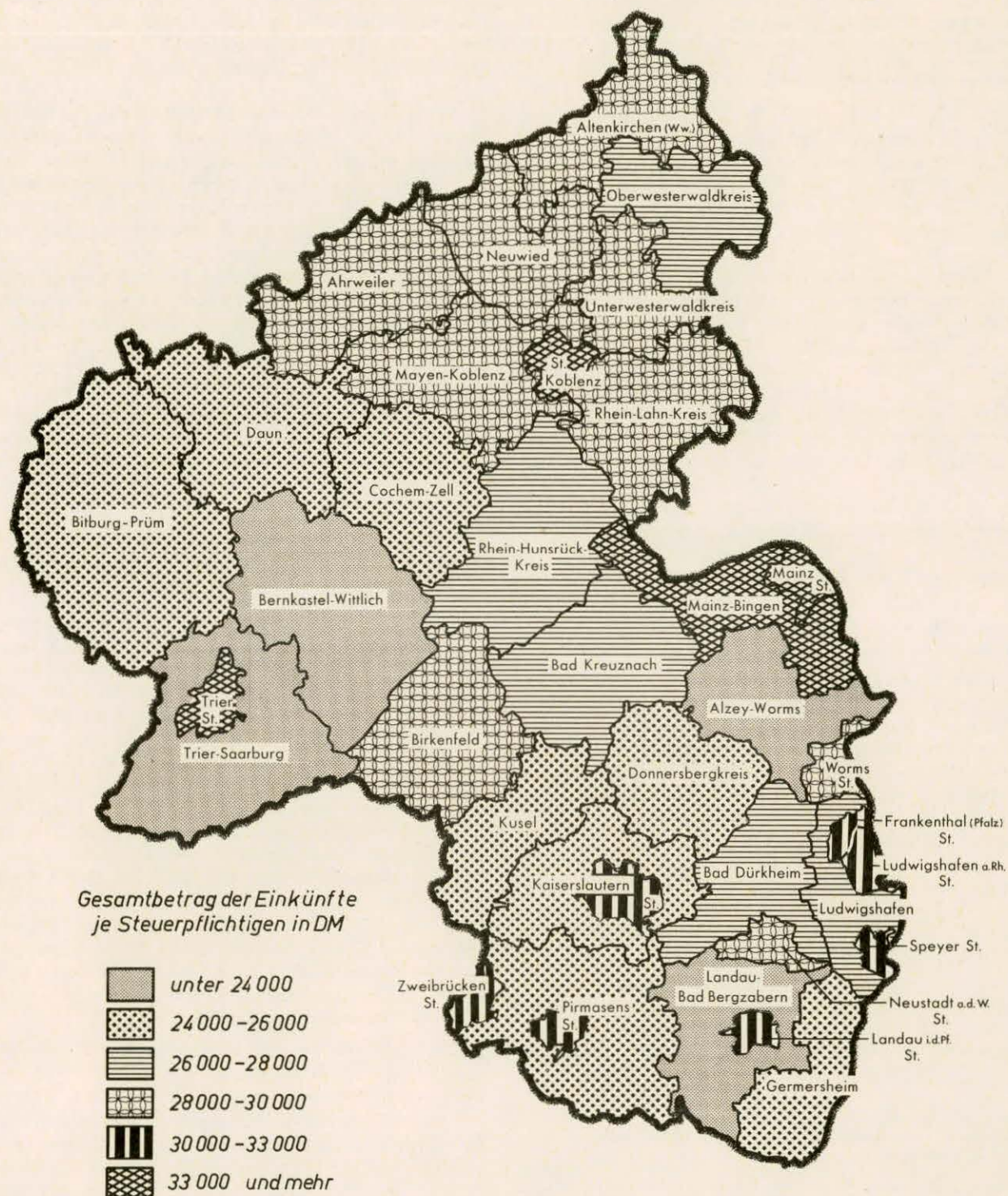
teil an freiberuflich Tätigen oder für Wohnsitzgemeinden, in denen sich Arbeitnehmer mit über den Veranlagungsgrenzen liegenden Einkünften konzentrieren. Andererseits kann sich für industrielle Schwerpunkte eine unterdurchschnittliche Dichteziffer errechnen, wenn die dort erzielten Einkünfte nicht der Einkommensteuer, sondern - bei Vorliegen entsprechender Rechtsformen - der Körperschaftsteuer unterliegen, obwohl im Grundsatz ein niedriger Dichtewert auf eine wirtschaftlich schwach strukturierte Region schließen läßt.

Die im Vergleich zu 1968 um ein gutes Drittel höhere Anzahl an Einkommensteuerpflichtigen schlägt sich naturgemäß in einer entsprechend höheren Veranlagungshäufigkeit nieder. Während auf Landesebene drei Jahre zuvor auf 1 000 Einwohner 80 Einkommensteuerveranlagungen entfielen, waren es 1971 bereits 107. Dieser Durchschnittswert des Landes streute allerdings in den einzelnen Verwaltungsbezirken zum Teil erheblich. Er war mit 142 Veranlagten in der kreisfreien Stadt Neustadt am höchsten, gefolgt von den Städten Mainz (137), Landau (134) und Frankenthal (130) sowie dem Landkreis Bad Dürkheim (130). Lediglich 65 bzw. 67 Veranlagungen je 1 000 Einwohner wurden für die überwiegend agrarisch orientierten Eifelkreise Bitburg-Prüm und Daun ermittelt. Aber auch in den Landkreisen Kusel (74), Trier-Saarburg (83), im Rhein-Hunsrück-Kreis (84) und im Kreis Altkirchen (89) blieben die Dichteziffern weit unter dem Landesdurchschnitt.

Erwartungsgemäß lag die Veranlagungsdichte im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit einem Wert von 122 deutlich über dem Landesdurchschnitt, die der Gesamtheit der Landkreise mit 101 um einiges darunter. Ein Zeitvergleich mit dem Erhebungsjahr 1968, der für die einzelnen Landkreise und kreis-



# *Gesamtbetrag der Einkünfte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1971*





freien Städte wegen der zwischenzeitlich im Rahmen der Verwaltungsreform erfolgten Gebietsänderungen nicht möglich ist, zeigt, daß die Entwicklung in den drei Regierungsbezirken unterschiedlich verlief. Für den Bezirk Trier, in welchem bereits drei Jahre zuvor die niedrigste Dichte gemessen wurde, errechnet sich eine Steigerung um lediglich 25% auf 84 Veranlagungen je 1 000 Einwohner, während die Veranlagungshäufigkeit in Koblenz und Rheinhessen-Pfalz jeweils um etwa ein Drittel auf 103 bzw. 116 anstieg.

#### **Höchste Durchschnittseinkünfte in Mainz und Koblenz**

Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen, der auf Landesebene 28 885 DM betrug, war mit 25 694 DM im Regierungsbezirk Trier nur von unterdurchschnittlicher Höhe, dagegen verzeichneten die Bezirke Koblenz (29 032 DM) und Rheinhessen-Pfalz (29 395 DM) deutlich höhere Werte. Sämtliche kreisfreien Städte sowie die Landkreise Ahrweiler, Mayen-Koblenz, Neuwied und Mainz-Bingen, liegen mit ihrem Pro-Kopf-Betrag über dem Landesdurchschnitt. Die höchsten Durchschnittseinkünfte je Steuerpflichtigen wurden mit 35 335 DM in der Landeshauptstadt Mainz erzielt; Koblenz, das 1968 noch an erster Stelle lag, folgt mit 34 798 DM vor Trier (33 108 DM). Relativ niedrige Einkünfte erzielten die Steuerpflichtigen im Durchschnitt in den Landkreisen Trier-Saarburg (22 426 DM), Bernkastel-Wittlich (22 735 DM), Alzey-Worms (23 107 DM) und Landau-Bad Bergzabern (23 676 DM). Für die kreisfreien Städte errechnet sich ein durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte von 32 616 DM, das sind nahezu 5 500 DM mehr als für die Gesamtheit der Landkreise.

Bedingt durch die in den einzelnen regionalen Einheiten unterschiedlich hohe Veranlagungsdichte ergibt sich ein etwas anderes Bild, wenn man den Gesamtbetrag der Einkünfte nicht zur Zahl der Steuerpflichtigen, sondern zur Einwohnerzahl in Beziehung setzt. Danach wurden zwar auch bei dieser Bezugsgröße die höchsten Durchschnittswerte in den Städten Mainz (4 836 DM) und Koblenz (4 454 DM) erreicht; auf den nächsten Plätzen folgen jedoch die kreisfreien Städte Landau, Neustadt und Frankenthal sowie der Landkreis Mainz-Bingen, wo die durchschnittlichen Einkünfte pro Kopf der Bevölkerung jeweils über 4 000 DM und damit deutlich über dem Landesdurchschnitt (3 088 DM) lagen. Am Ende der Skala rangieren die Landkreise Bitburg-Prüm, Daun und Kusel, wo die Durchschnittseinkünfte je Einwohner maximal 1 800 DM betrugen.

#### **Nennenswerte landwirtschaftliche Einkünfte nur in den Weinbaugebieten**

Die einzelnen Einkunftsarten sind in den Verwaltungsbezirken je nach wirtschaftlicher und sozialer Struktur von unterschiedlichem Gewicht, was an der Höhe der jeweiligen Durchschnittseinkünfte je Einwohner ablesbar ist. So waren die Pro-

Kopf-Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in den kreisfreien Städten naturgemäß sehr niedrig, sie beliefen sich mit 30 DM nur auf ein Viertel des für die Gesamtheit der Landkreise ermittelten Wertes. Allerdings zeigen die einzelnen Kreise ein recht unterschiedliches Bild. In den für landwirtschaftliche Zwecke topographisch und klimatisch weniger begünstigten, gleichwohl agrarisch ausgerichteten Gebieten des Westerwaldes, des Hunsrücks und der Eifel zum Beispiel liegen die landwirtschaftlichen Durchschnittseinkünfte weit unter dem für alle Landkreise ermittelten Betrag. Der niedrigste Pro-Kopf-Betrag dieser Regionen ergibt sich für den Kreis Daun (11 DM), es folgen der Unter- und Oberwesterwaldkreis (13 bzw. 14 DM) sowie die Kreise Bitburg-Prüm (19 DM) und Rhein-Hunsrück (20 DM). Dagegen weisen solche Landkreise, in denen sich der Anbau von vergleichsweise ertragreichen landwirtschaftlichen Sonderkulturen wie insbesondere Wein, aber auch Obst und Gemüse, konzentriert, überdurchschnittliche Einkünfte aus dieser Einkunftsart auf. Zu nennen sind hier vor allem Alzey-Worms mit dem bei weitem höchsten Durchschnittswert (521 DM), aber auch die Kreise Landau-Bad Bergzabern, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Bad Dürkheim und Cochem-Zell. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch in diesen Verwaltungsbezirken mit überdurchschnittlichen landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkünften jeweils eine der übrigen Einkunftsarten höhere Durchschnittswerte aufweist.

#### **Einkünfte aus Gewerbebetrieb, selbständiger und nichtselbständiger Arbeit in den Landkreisen weniger hoch**

Hohe Einkünfte je Einwohner aus Gewerbebetrieb, die auf Landesebene 916 DM betrugen, wurden vor allem im Landkreis Mainz-Bingen (1 633 DM) sowie in den Städten Landau (1 425 DM) und Pirmasens (1 373 DM) erreicht. Aber auch die Kreise Birkenfeld (Edelstein- und Schmuckwarenverarbeitung) sowie Unterwesterwald (Keramik) liegen um einiges über dem Durchschnittswert des Landes. Die niedrigsten gewerblichen Einkünfte je Kopf der Bevölkerung errechnen sich für die Landkreise Trier-Saarburg, Kusel und Alzey-Worms. Bemerkenswert ist, daß die Stadt Ludwigshafen als industrielles Zentrum mit einem Betrag von 621 DM an fünftletzter Stelle rangiert, was seinen Grund darin hat, daß die dort ansässigen Großunternehmen nicht der Einkommen-, sondern der Körperschaftsteuer unterliegen, soweit sie als Kapitalgesellschaften geführt werden.

Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit betreffen fast ausschließlich solche der freiberuflich Tätigen, also vor allem der Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater. Da sich diese Berufsgruppen vornehmlich auf die Städte konzentrieren, überrascht es nicht, daß die Einkünfte je Einwohner aus dieser Einkunftsart im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 373 DM mehr als doppelt so hoch liegen wie in den Landkreisen (179 DM). Durchschnittseinkünfte von jeweils über 400 DM wurden in den Städten Trier, Landau, Koblenz, Mainz und Neustadt er-



Einkünfte der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach Verwaltungsbezirken 1971

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand 31.12.1973)	Steuer- pflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte			Einkünfte aus						
						Land- und Forst- wirt- schaft	Ge- werbe- betrieb	selb- stän- diger Arbeit	nicht- selb- stän- diger Arbeit	Kapital- ver- mögen	Ver- mietung und Ver- pachtung	son- stigen Ein- künften
	Anzahl	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	DM je Steuer- pflich- tigen	DM je Einwohner							
Kreisfreie Stadt Koblenz	15 373	128	534,9	34 798	4 454	10	1 162	439	2 714	132	142	20
Landkreise												
Ahrweiler	12 325	117	356,2	28 898	3 381	31	1 122	231	1 887	124	107	24
Altenkirchen (Ww.)	10 855	89	308,4	28 415	2 522	25	802	189	1 502	75	49	13
Bad Kreuznach	15 646	106	436,7	27 908	2 948	114	922	237	1 676	73	68	15
Bad Kreuznach, St.	5 242	123	173,5	33 098	4 083	.	.	.	.	.	.	.
Birkenfeld	9 541	102	268,1	28 104	2 879	9	1 341	194	1 318	82	57	14
Idar-Oberstein, St.	4 674	121	150,9	32 278	3 913	.	.	.	.	.	.	.
Cochem-Zell	6 288	96	153,1	24 346	2 327	230	923	167	1 043	47	53	9
Mayen-Koblenz	18 010	96	526,6	29 241	2 817	23	989	182	1 622	59	68	11
Andernach, St.	2 934	108	109,9	37 444	4 047	.	.	.	.	.	.	.
Neuwied	16 061	108	473,7	29 492	3 172	15	1 091	217	1 849	70	71	20
Neuwied, St.	7 141	114	214,9	30 095	3 417	.	.	.	.	.	.	.
Oberwesterwaldkreis	7 263	93	196,2	27 016	2 507	14	1 024	152	1 389	30	41	10
Rhein-Hunsrück-Kreis	7 388	84	205,0	27 749	2 328	20	866	192	1 257	45	64	12
Rhein-Lahn-Kreis	11 605	98	328,4	28 300	2 769	26	969	220	1 551	77	57	16
Lahnstein, St.	2 064	106	62,9	30 497	3 239	.	.	.	.	.	.	.
Unterwesterwaldkreis	9 930	114	285,4	28 742	3 264	13	1 229	186	1 885	47	46	14
Reg. Bez. Koblenz	140 285	103	4 072,8	29 032	2 987	40	1 030	221	1 684	74	71	15
Kreisfreie Stadt Trier	9 377	91	310,5	33 108	3 003	15	918	470	1 534	89	120	20
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	11 192	102	254,4	22 735	2 314	357	839	162	1 014	42	51	11
Bitburg-Prüm	6 061	65	150,4	24 819	1 616	19	645	145	825	31	45	7
Daun	3 822	67	99,2	25 968	1 752	11	668	137	969	31	34	6
Trier-Saarburg	9 833	83	220,5	22 426	1 851	267	524	120	1 028	20	30	8
Reg. Bez. Trier	40 285	84	1 035,1	25 694	2 147	156	720	211	1 087	43	57	11
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	5 453	130	171,7	31 479	4 101	44	758	304	2 998	87	76	23
Kaiserslautern	12 661	126	384,9	30 403	3 816	4	964	378	2 389	90	124	25
Landau i. d. Pfalz	5 169	134	165,4	32 002	4 280	174	1 425	468	2 194	116	123	23
Ludwigshafen a. Rhein	20 388	116	660,5	32 395	3 750	9	621	284	2 733	84	94	30
Mainz	24 172	137	854,1	35 335	4 836	25	1 042	416	3 296	122	115	22
Neustadt a. d. Weinstr.	7 245	142	216,3	29 860	4 254	112	1 038	410	2 606	156	121	30
Pirmasens	7 293	128	227,4	31 184	3 979	8	1 373	314	2 209	106	112	26
Speyer	5 151	121	164,9	32 021	3 883	11	861	361	2 640	70	97	20
Worms	8 143	106	242,4	29 762	3 146	71	857	297	1 873	88	85	20
Zweibrücken	3 916	102	122,5	31 270	3 202	17	952	290	1 945	78	69	17
Landkreise												
Alzey-Worms	10 733	110	248,0	23 107	2 532	521	604	134	1 345	48	47	15
Bad Dürkheim	15 079	130	404,2	26 805	3 473	249	850	250	2 162	92	75	18
Donnersbergkreis	6 137	92	151,5	24 688	2 273	45	628	149	1 499	39	32	11
Germersheim	10 247	109	265,6	25 919	2 822	125	690	162	1 939	30	36	23
Kaiserslautern	9 155	94	230,5	25 181	2 377	18	642	140	1 602	26	51	10
Kusel	5 909	74	143,2	24 238	1 800	10	574	124	1 124	25	26	10
Landau-Bad Bergzabern	11 666	120	276,2	23 676	2 835	406	824	183	1 514	55	48	15
Ludwigshafen	14 560	121	396,0	27 198	3 303	98	619	183	2 511	38	50	16
Mainz-Bingen	17 702	117	615,6	34 778	4 061	228	1 633	180	2 067	72	64	15
Bingen, St.	2 850	120	129,3	45 353	5 445	.	.	.	.	.	.	.
Ingelheim am Rhein, St.	2 416	120	118,9	49 211	5 921	.	.	.	.	.	.	.
Pirmasens	10 945	106	282,6	25 818	2 728	13	845	132	1 813	35	37	12
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	211 724	116	6 223,6	29 395	3 412	116	883	248	2 174	71	73	19
Rheinland-Pfalz	392 294	107	11 331,5	28 885	3 088	93	916	233	1 849	69	70	17
Kreisfreie Städte	124 341	122	4 055,5	32 616	3 963	30	960	373	2 530	103	110	24
Landkreise	267 953	101	7 276,0	27 154	2 749	118	900	179	1 586	55	55	14



reicht. Dagegen errechnen sich für keinen der Landkreise mehr als 250 DM je Kopf der Bevölkerung.

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit werden im Rahmen der Einkommensteuerstatistik nur insoweit erfaßt, als es sich um Arbeitnehmer handelt, die zum Beispiel wegen Überschreitens der im EStG festgesetzten Einkommensgrenzen zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Ein Gesamtüberblick über die Einkünfte der unselbständig Beschäftigten ist nur unter Einbeziehung der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik möglich. Die vorliegende Statistik besagt, daß die veranlagten Arbeitnehmer in Mainz mit 3 296 DM die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Einkünfte aus Arbeitnehmertätigkeit verbuchen konnten. Herausragende Durchschnittsergebnisse ergeben sich weiterhin für die Industriestädte Frankenthal und Ludwigshafen sowie für Koblenz. Weitaus weniger günstig schneiden dagegen die Landkreise Bitburg-Prüm, Daun, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Cochem-Zell ab, deren Durchschnittswerte weit unter dem Landesmittel liegen.

#### **Kapital- und Mieteinkünfte in den kreisfreien Städten doppelt so hoch wie in den Landkreisen**

Die je Einwohner berechneten Einkünfte aus Kapitalvermögen, zu denen in erster Linie Zinsen und Dividenden rechnen, waren in den Landkreisen mit 55 DM nur gut halb so hoch wie in den kreisfreien Städten (103 DM). Der Durchschnittswert der

Städte wurde insbesondere in Neustadt (156 DM) deutlich übertroffen, aber auch die Städte Koblenz, Mainz, Landau und Pirmasens überschritten mit ihren durchschnittlichen Kapitaleinkünften die Grenze von 100 DM, was von allen Landkreisen nur im Kreis Ahrweiler mit 124 DM der Fall war.

Angesichts der Tatsache, daß im allgemeinen die Höhe von Mieten und Pachtzinsen auch von der Größe der Gemeinde, in welcher die jeweiligen Objekte belegen sind, abhängt, verwundert es nicht, daß in den kreisfreien Städten die Pro-Kopf-Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung genau doppelt so hoch (110 DM) liegen wie in den Landkreisen (55 DM). Die höchsten Durchschnittseinkünfte aus dieser Einkunftsart wurden mit 142 DM in Koblenz erzielt, gefolgt von den Städten Kaiserslautern, Landau, Neustadt, Trier und Mainz. Ähnlich wie bei den Kapitaleinkünften ragt auch bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung der Kreis Ahrweiler mit einem Betrag von 107 DM je Einwohner aus der Gesamtheit der Landkreise heraus.

Die Höhe der sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 EStG, das sind in der Hauptsache Leibrenten und Einkünfte aus Spekulationsgeschäften, ist vergleichsweise unbedeutend. Auf Landesebene betrugen diese Einkünfte je Einwohner nicht mehr als 17 DM, wobei die kreisfreien Städte mit 24 DM über diesem Wert und die Landkreise mit durchschnittlich 14 DM leicht darunter liegen.

*Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse*



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern ( \* ) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 697	3 697	3 696	3 684	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 137	2 037	2 041	3 112	2 116	2 192	1 924 <sup>p</sup>	3 070 <sup>p</sup>	2 238 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,8	6,6	6,7	9,9	7,0	7,0	6,4 <sup>p</sup>	9,8 <sup>p</sup>	7,4 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 083	2 990	3 057	3 094	2 972	2 933	3 168 <sup>p</sup>	2 743 <sup>p</sup>	3 012 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,3	9,7	10,1	9,9	9,8	9,4	10,5 <sup>p</sup>	8,8 <sup>p</sup>	9,9 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 682	3 624	3 588	3 668	3 379	3 916	3 924 <sup>p</sup>	3 481 <sup>p</sup>	3 574 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	11,8	11,8	11,7	11,1	12,5	13,0 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	59	72	69	71	58	65	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,7	22,4	19,3	23,3	23,2	24,2	18,3	23,7	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 531	- 574	- 407	- 983	- 756 <sup>p</sup>	- 738 <sup>p</sup>	- 562
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,1	- 1,7	- 1,8	- 1,3	- 3,1	- 2,5 <sup>p</sup>	- 2,4 <sup>p</sup>	- 1,9
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	8 348	8 725	7 076	6 527	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	8 728	8 048	7 969	7 053	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	- 380	677	- 893	- 526	...	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 958	10 943	10 501	10 469	10 321	8 350	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	29,5	26,1	27,0	69,7	66,1	61,4	62,9
* Männer	1 000	8,5	22,4	17,5	15,0	15,4	47,5	43,3	39,4	40,0
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	238	175	181	2 223	881	615	616
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	3 559	2 942	2 763	9 215	7 992	6 830	6 428
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	12 507	11 653	12 155	31 708	30 360	28 607	28 706
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	17 323	17 492	17 236	12 785	12 696	12 951	12 660
Männer	Anzahl	18 562	8 433	10 042	9 879	9 694	6 608	6 611	6 454	6 450
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	297	267	254	248	287	285	241
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	967	899	988	678	754	706	888
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	13 058	5 339	6 536	6 608	6 411	4 189	4 145	4 088	4 237
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	684	.	714	.	.	.	.	697
* Milchkühe	1 000	250	242	.	247	.	.	.	.	240
* Schweine	1 000	737	711	727	.	.	710	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	71	69	72	.	.	71	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	47	.	.	47	.	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	16	18	18	17	14	16	17	14	13
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	102	93	78	92	100	92	90
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	17	14	9	19	18	13	9
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	10,5	11,0	12,3	11,5	9,9	10,4	11,5	10,5	10,5
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	5,0	4,9	4,1	4,4	4,7	4,0	3,8
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	7,1	6,5	5,7	5,9	6,7	6,3	6,5
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	167	122	198	129	107	171	187	104	79
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	68	96	102	108	87	77	135	81	102
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	86	94	87	83	82	92	86
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	85,3	86,8	86,6	83,5	85,6	87,6	88,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	11,4	12,1	11,6	11,0	11,4	12,3	11,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 925	2 914	2 911	2 800	2 798	2 794	2 788
* Beschäftigte	1 000	407	398	400	399	399	379	377	375	373
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	291	290	290	271	270	268	267
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	43 705	45 601	38 519	38 256	41 324	37 139	36 300
Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	705	730	737	701	712	752	739
* Löhne	Mill. DM	434	465	453	479	467	429	439	469	451
* Gehälter	Mill. DM	235	268	252	251	270	272	273	283	288
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	88	91	78	76	72	68	61
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	93	100	95	110	99	98	98
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	2	2	2	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	91	98	93	109	98	97	97
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	189	184	176	198	179	159	150
* Leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	33	32	25	39	36	28	24
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	156	152	151	159	143	131	126
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	946	989	924	851	812	769	762
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	286	322	296	274	239	225	218
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 622	3 633	3 734	3 389	3 411	3 683	3 329	3 391
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	1 084	1 065	1 025	1 016	1 140	1 034	976
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	122	120	130	126	127	113	113 <sup>p</sup>	114 <sup>p</sup>	110 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	124	122	131	126	127	117	116 <sup>p</sup>	115 <sup>p</sup>	112 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	123	121	131	126	127	116	115	114	111
Energiewirtschaft	1970 = 100	138	147	149	141	135	162	141 <sup>p</sup>	144 <sup>p</sup>	127 <sup>p</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	127	125	137	132	133	112	117	107	108
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	112	100	115	117	117	82	97	106	105
Chemische Industrie	1970 = 100	131	129	143	133	140	116	118	100	104
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	121	128	123	133	125	120	132	129
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	115	124	138	125	131	108	116	135	138
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	120	111	119	115	107	113	109	107	96
Schuhindustrie	1970 = 100	80	72	73	70	42	82	71	62	40
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1970 = 100	120	125	131	124	119	116	110	116	113
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	109	125	125	127	90	94	111	100
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	97	94	.	.	95	89	.	.	...
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	134	142	.	.	140	122	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	186	144	135	279	247	...	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 590	1 667	1 518	1 563	1 461	...	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	630	534	569	535	565	489	...	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 229	1 231	1 105	1 259	1 207	...	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	140	131	110	190	157	...	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	140	131	110	190	158	...	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	81 562	81 328	81 412	70 104	70 198	69 200	69 047
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	45 759	45 739	45 282	39 412	39 467	38 874	39 304
Fachwerker und Werker	Anzahl	23 651	20 312	20 949	20 866	20 789	16 222	16 385	16 241	15 985
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	12 282	12 921	11 256	8 245	9 985	9 662	9 663
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	7 106	7 429	6 496	4 468	5 415	5 240	5 300
Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	4 902	5 185	4 408	3 022	3 725	3 553	3 587
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	59	108	91	48	75	82	102
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	2 145	2 136	1 997	1 398	1 615	1 605	1 611
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	5 176	5 492	4 760	3 777	4 570	4 422	4 363
Hochbau	1 000	1 142	1 105	1 240	1 309	1 112	984	1 081	977	1 006
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	3 936	4 183	3 648	2 793	3 489	3 445	3 357
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 759	1 971	1 777	1 237	1 561	1 580	1 677
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	136	153	144	109	125	128	129
* Löhne	Mill. DM	124	122	121	138	128	94	110	113	114
* Gehälter	Mill. DM	15	16	15	15	16	15	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	350	364	328	268	281	268	297

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1975 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 418	1 090	1 243	1 228	1 428	1 010	950	871	1 095
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	1 186	1 178	1 357	962	920	831	1 046
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	1 232	1 251	1 480	1 097	934	867	1 081
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	220	220	263	211	174	162	201
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	203	201	242	181	150	135	168
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	197	176	202	213	192	231	240
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	549	687	781	1 192	666	757	882
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	72	79	133	180	99	122	147
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	102	119	135	228	127	136	169
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	2 181	2 179	2 563	2 141	1 715	1 473	1 791
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	.	141	.	.	.	134	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	.	213	.	.	.	212	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	.	222	.	.	.	221	.
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	.	228	.	.	.	237	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	.	205	.	.	.	192	.
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	.	207	.	.	.	199	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	.	168	.	.	.	169	.
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	.	248	.	.	.	239	.
Deckenputz	1962 = 100	214	234	.	238	.	.	.	236	.
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	.	251	.	.	.	254	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	.	208	.	.	.	218	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	202	221	.	221	.	.	.	226	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 200,7	1 268,9	1 037,9	1 100,4	1 202,6	985,6	1 215,0
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	48,1	55,8	40,4	46,4	52,5	37,6	48,5
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	1 152,6	1 213,2	997,5	1 053,5	1 150,1	948,1	1 166,5
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	12,9	14,6	12,2	9,9	12,1	10,7	10,3
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	72,1	80,0	64,9	62,1	69,5	67,9	64,3
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	1 063,5	1 118,6	920,5	981,6	1 058,5	869,5	1 092,1
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	414,3	436,6	408,3	315,7	317,1	263,2	327,2
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	649,3	681,9	512,1	665,9	751,4	606,3	764,9
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	402,3	453,8	564,1	595,0	497,4	434,0	470,7	419,4	426,1
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	180,5	205,5	155,4	139,0	142,2	127,1	140,8
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	85,0	84,3	78,0	73,3	88,1	78,4	71,5
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	96,5	90,1	77,4	94,0	86,3	72,4	77,5
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	106,2	106,0	106,4	60,4	69,6	73,1	70,0
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	67,4	80,5	56,4	48,4	57,0	49,7	44,5
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	6,4	3,9	2,9	2,9	2,7	2,0	2,8
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	22,1	24,7	21,0	16,2	24,7	16,3	19,0
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	41,1	44,7	37,2	39,5	37,3	33,6	37,2
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	56,1	58,6	56,1	40,6	38,8	38,0	38,2
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	53,5	62,3	51,4	42,0	55,3	39,1	39,5
Entwicklungsländer	Mill. DM	133,0	219,6	204,7	222,9	156,5	289,8	315,8	235,0	393,9
Ostblockländer	Mill. DM	48,1	74,6	66,9	62,0	75,9	98,4	96,8	75,2	86,9
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	703,1	799,0	819,0	647,9	704,9	615,6	657,0
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	121,3	138,5	106,5	104,1	132,5	102,8	97,6
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	581,8	660,5	712,5	543,8	572,4	512,8	559,4
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	105	105	104	104	103	104	...
* Umsatz	1970 = 100	135	144	149	146	133	153	158	155	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	147	147	135	165	164	166	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	139	144	149	151	137	155	156	161	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	157	139	118	146	152	152	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	167	155	137	178	177	162	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	131	134	128	141	144	127	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	126	125	113	124	146	124	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	101	104	103	99	99	103	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	115	124	122	119	117	124	...
* Umsatz	1970 = 100	116	121	129	141	131	118	135	152	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	135	151	147	115	148	168	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	125	133	119	119	126	141	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 291 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	244	317	328	181	223	353	330
* Auslandsgäste	1 000	49	45	35	50	69	23	33	67	68
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	928	1 146	1 325	720	872	1 271	1 374
* Auslandsgäste	1 000	122	112	81	105	173	57	75	155	171
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	3 121	3 397	2 882	2 529	2 942	2 569	2 831
* Gütereingang	1 000 t	1 677	1 548	1 625	1 771	1 602	1 394	1 359	1 360	1 442
* Güterversand	1 000 t	1 466	1 322	1 496	1 626	1 280	1 135	1 583	1 209	1 389
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	3 518	4 140	3 249	3 168	2 687	3 388	3 092
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 648	3 119	2 783	2 451	2 316	3 011	2 701
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	74	71	82	73	82	85	84
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	3 869	4 722	3 687	3 575	3 150	3 746	3 452
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 405	1 638	1 575	1 407	1 335	1 694	1 627
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	70	69	84	72	84	86	87
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr- zeuge	Anzahl	11 174	9 242	12 433	12 220	9 209	12 867	15 161	12 264	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	212	188	435	394	261	294	410	431	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	10 845	10 885	8 153	11 471	13 500	10 940	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	534	529	422	407	501	411	...
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	521	335	301	612	666	411	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	669	752	712	545	615	666	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	29 796	30 811	28 229	31 320	27 166	30 259	33 029	31 918	29 631
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	23 671	24 778	22 193	25 196	26 824	25 479	24 501
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	4 190	5 756	4 127	4 713	5 790	5 684	4 296
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	991	1 074	947	1 064	934	889	819
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	368	786	846	350	415	755	834
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	80	161	171	72	83	184	193
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	3	4	8	2	4	5	10
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	285	621	667	276	328	566	631
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	11 971	15 955	13 911	11 437	13 905	16 004	14 868
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	7 256	6 772	6 690	7 256	6 556	6 455	6 666	7 079	6 785
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 735	1 914	1 751	1 504	1 631	1 847	1 804
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 454	5 100	4 955	5 342	4 805	4 954	5 035	5 232	4 981
bis 1 000 DM bei jedem Betei- ligten	Anzahl	4 832	3 872	3 835	4 071	3 614	3 637	3 729	3 866	3 625
über 1 000 DM bei einem Betei- ligten	Anzahl	1 215	1 228	1 120	1 271	1 191	1 314	1 306	1 366	1 356
* Getötete Personen	Anzahl	90	80	69	95	74	73	64	95	56
Pkw - Insassen	Anzahl	46	39	39	55	40	41	35	55	28
Fußgänger	Anzahl	23	23	15	17	14	18	12	18	12
* Verletzte Personen	Anzahl	2 559	2 317	2 447	2 676	2 481	2 180	2 222	2 635	2 541
Pkw - Insassen	Anzahl	1 652	1 429	1 478	1 593	1 532	1 502	1 297	1 465	1 512
Fußgänger	Anzahl	318	292	302	295	248	238	277	339	267
Schwerverletzte	Anzahl	854	770	809	877	827	635	708	825	854
Pkw - Insassen	Anzahl	490	422	412	469	460	388	348	391	453
Fußgänger	Anzahl	155	142	163	129	130	109	117	161	120
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	42 877	42 447	38 675	34 643	41 515	34 235	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 073	992	1 011	906	683	980	964	706	...
Telegramme	1 000	36	32	34	37	31	27	30	30	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1357 167	1474 268	1232 254	1243 262	1565 295	1140 565	...
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1379 010	1480 173	1186 963	1222 222	1595 908	1428 020	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	25 066	24 390	23 052	25 787	33 087	27 999	...
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	36 042	33 248	29 341	30 549	38 232	33 577	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 117	1 118	1 118	1 127	1 128	1 129	...
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 005	1 007	1 008	1 020	1 020	1 021	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	29 977	32 378	29 929	30 042	30 799	32 792	32 748	33 111	33 494
darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)										
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	29 811	32 122	29 728	29 343	30 599	32 486	32 443	32 807	33 172
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 607	8 116	7 630	7 460	8 061	8 199	8 018	8 027	8 196
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 430	7 838	7 395	7 275	7 775	7 799	7 663	7 658	7 759
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	176	278	234	185	286	400	355	369	436
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 395	3 536	3 066	3 178	3 161	3 438	3 388	3 367	3 392
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 999	2 853	2 702	2 759	2 753	2 800	2 750	2 731	2 755
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	395	683	364	419	408	638	638	636	637
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	18 810	20 470	19 032	19 204	19 377	20 849	21 042	21 414	21 583
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	14 121	15 258	14 258	14 351	14 436	15 563	15 740	15 931	16 051
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	4 689	5 212	4 773	4 853	4 941	5 286	5 302	5 483	5 532
* Sichteinlagen	Mill. DM	25 273	27 652	25 561	25 966	25 777	28 207	28 212	28 714	28 489
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 804	4 082	3 561	3 630	3 874	3 944	4 104	4 370	4 365
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 416	3 707	3 292	3 329	3 571	3 693	3 816	3 967	4 042
* Termingelder	Mill. DM	389	375	269	301	303	251	288	403	323
* Spareinlagen	Mill. DM	6 757	7 166	7 209	7 477	7 009	7 192	6 510	6 394	6 039
* bei Sparkassen	Mill. DM	14 711	16 404	14 790	14 359	14 894	17 072	17 599	17 950	18 084
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	8 861	9 847	8 896	8 939	8 951	10 147	10 378	10 565	10 624
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	778	884	770	758	645	1 025	1 389	1 029	969
	Mill. DM	725	745	735	689	625	755	863	679	836
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	22	31	20	33	19	24	32	37	32
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	11 760	14 560	4 313	3 004	10 359	69 671	11 247
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	-	2	4	3	3	2	1
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 604	1 738	1 697	1 822	1 615	1 223	1 253	1 356	1 407
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	7 533	10 063	6 499	5 131	4 478	5 307	12 520
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	390 744	561 770	777 261	696 205	429 946	551 566	821 356
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	209 800	366 528	570 879	522 435	207 255	359 536	632 584
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	264 818	309 591	184 143	351 700	221 918	162 708	160 114	325 612	235 610
* Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	-	124 598	-	-	-	141 752	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	19 611	- 7 368	241 918	242 300	34 973	- 1 337	266 493
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	3 443	1 608	6 064	4 336	4 021	1 884	4 079
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	56 522	54 662	2 603	20 588	100 979	113 091	8 147	33 377	126 402
* Einnahmen aus der Körper-schaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	-	13 396	-	-	-	28 711	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	180 944	195 242	206 382	173 770	222 691	132 030	188 772
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	130 158	139 448	130 047	124 556	143 097	140 593	119 445
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	50 786	55 794	76 335	49 214	79 594	51 437	69 327
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	83 105	85 387	96 014	95 000	105 144	81 189	87 226
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	3 481	9 003	7 341	5 873	10 752	6 098	8 780
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 045	74 731	70 835	74 849	83 385	92 779	73 548	72 596
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	39 614	67 018	39 659	38 564	44 424	65 271	50 001
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	2 460	28 252	3 045	1 349	1 738	26 478	9 288
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	27 546	26 412	22 481	26 935	32 536	25 405	26 736
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	5 369	6 900	6 811	4 781	5 126	6 277	6 611
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	328 243	352 175	.	.	327 775	322 020	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	.	.	8 975	4 499	.	.	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	37 647	39 194	.	.	40 164	32 792	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	237 996	255 166	.	.	232 043	236 099	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	.	.	20 271	24 133	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	327 716	373 367	479 735	436 824	370 826	357 579	492 776
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	90 638	159 151	252 972	232 842	89 968	157 068	281 145
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	114 423	123 295	130 577	107 740	138 073	119 061	117 042
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	39 550	5 524	172	1 242	37 641	261	7 363
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	259 611	332 427	382 107	360 195	267 047	321 023	420 890
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	89 825	158 103	252 972	232 335	89 726	155 914	280 718
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 10)	1 000 DM	89 104	94 587	90 622	101 782	89 304	88 054	95 256	99 577	82 809
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	39 550	5 524	172	1 242	37 641	261	7 363
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	.	.	381 176	400 374	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 11)	1 000 DM	148 511	158 493	.	.	143 775	146 333	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlag-ten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	.	.	141 669	168 120	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufende Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahrsdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	378	.	.	.	394	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	409	.	.	.	423	.	.
* Facharbeiter	DM	397	432	435	.	.	.	450	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	364	393	396	.	.	.	404	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	317	338	336	.	.	.	343	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	255	.	.	.	276	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	245	.	.	.	261	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	8,88	.	.	.	9,57	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	9,43	.	.	.	10,11	.	.
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	9,97	.	.	.	10,68	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	9,18	.	.	.	9,74	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	7,79	.	.	.	8,29	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	6,49	.	.	.	7,13	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	6,19	.	.	.	6,80	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	42,6	.	.	.	41,2	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	43,4	.	.	.	41,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	39,2	.	.	.	38,7	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	2 184	.	.	.	2 363	.	.
* männlich	DM	1 744	1 939	1 930	.	.	.	2 104	.	.
* weiblich	DM	2 105	2 313	2 304	.	.	.	2 488	.	.
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	1 512	.	.	.	1 661	.	.
* männlich	DM	2 223	2 474	2 461	.	.	.	2 637	.	.
* weiblich	DM	2 271	2 526	2 512	.	.	.	2 690	.	.
im Handel, Kredit und Versicherungen	DM	1 510	1 704	1 699	.	.	.	1 846	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 341	1 498	1 484	.	.	.	1 617	.	.
* männlich	DM	1 319	1 481	1 468	.	.	.	1 603	.	.
* weiblich	DM	1 711	1 889	1 877	.	.	.	2 029	.	.
Technische Angestellte	DM	1 021	1 181	1 161	.	.	.	1 281	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 674	1 886	1 878	.	.	.	2 035	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 481	1 668	1 659	.	.	.	1 808	.	.
* männlich	DM	1 880	2 086	2 076	.	.	.	2 241	.	.
* weiblich	DM	1 131	1 304	1 290	.	.	.	1 418	.	.
Technische Angestellte	DM	2 191	2 431	2 417	.	.	.	2 584	.	.
* männlich	DM	2 239	2 486	2 470	.	.	.	2 645	.	.
* weiblich	DM	1 482	1 663	1 661	.	.	.	1 755	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 111	1 112	1 113	1 112	1 106	1 107	1 105	...
Pflichtmitglieder	1 000	677	669	671	671	670	659	659	657	...
Rentner	1 000	370	377	376	377	377	383	383	384	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,6	5,4	5,9	5,2	5,2	6,4	4,6	4,8	...
Männer	%	5,7	5,1	5,9	5,4	5,4	6,4	4,7	4,9	...
Frauen	%	5,3	5,3	5,8	5,2	5,1	6,6	4,5	4,9	...
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	416 937	414 928	416 220	428 681	429 405	430 727	440 811
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	161 222	159 433	160 986	184 406	184 234	185 162	185 717
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	20 635	18 803	18 629	55 406	54 697	48 792	47 749
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	18 506	16 750	16 477	48 513	47 461	41 709	40 395
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	.	.	146	144	.	.	143
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	43 890	43 890	45 247	47 540	47 114	47 805	51 257

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054 <sup>p</sup>	62 075	62 059	62 051	61 943 <sup>p</sup>	61 916 <sup>p</sup>	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 427 <sup>p</sup>	32 739 <sup>p</sup>	30 340 <sup>p</sup>	47 509 <sup>p</sup>	23 045 <sup>p</sup>	30 698 <sup>p</sup>	28 313 <sup>p</sup>	46 119 <sup>p</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 193 <sup>p</sup>	53 492 <sup>p</sup>	53 295 <sup>p</sup>	56 598 <sup>p</sup>	47 909 <sup>p</sup>	50 974 <sup>p</sup>	53 351 <sup>p</sup>	51 559 <sup>p</sup>
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 625 <sup>p</sup>	65 695 <sup>p</sup>	61 797 <sup>p</sup>	61 121 <sup>p</sup>	71 932 <sup>p</sup>	65 293 <sup>p</sup>	61 605 <sup>p</sup>	60 063 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 7 950	- 8 428 <sup>p</sup>	-12 203 <sup>p</sup>	- 8 502 <sup>p</sup>	- 4 523 <sup>p</sup>	-24 023 <sup>p</sup>	-14 319 <sup>p</sup>	- 8 254 <sup>p</sup>	- 8 504 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	273	582	562	517	457	1 184	1 114	1 087	1 018
Männer	1 000	150	325	329	281	239	747	692	648	593
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 213	.	21 363	.	.	.	21 107 <sup>p</sup>	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	301	327	319	297	301	341	311
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	1 961	2 036	2 198	1 637	1 962	1 994	2 177
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 368	8 144	8 232	8 210	8 190	7 768	7 722	7 681	7 641
Beschäftigte	Mill. Std.	929	870	910	903	923	780	771	834	753
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	55 578	62 500	63 901	62 924	65 791	57 217	59 584	63 079	57 731
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 936	15 097	15 944	15 108	15 947	13 635	14 120	14 864	13 630
Auslandsumsatz										
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	115	119	117	103	109	104	111 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	116	119	117	105	110	105	111 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	113	117	116	101	107	102	110 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	160	145	140	177	174	158	141 <sup>p</sup>
Bergbau	1970 = 100	92	91	97	91	92	93	92	92	84 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	114	118	117	101	107	103	111 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	119	125	124	102	102	102	104 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	111	113	114	98	108	102	111 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	116	118	114	103	111	102	114 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1970 = 100	112	114	109	117	115	108	114	109	123 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	103	117	118	77	89	92	116 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	8 300	7 656	8 119	7 868	7 764	8 723	7 040
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	10 654	9 629	10 161	10 446	11 139	10 171	9 328
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 561	3 235	3 403	2 700	2 616	2 661	2 380
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 689	4 174	4 506	3 552	3 472	3 662	3 169
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	3 592	3 255	3 501	2 697	2 584	2 764	2 203
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	25 988	27 825	24 563	25 208	26 084 <sup>p</sup>	27 361 <sup>p</sup>	...	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 333	3 978	4 266	3 942	4 040	3 774 <sup>p</sup>	3 930 <sup>p</sup>	3 567 <sup>p</sup>	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 508	1 352	1 376	1 386	1 383	1 154	1 159	1 182	1 187
Beschäftigte	Mill. Std.	196	173	172	189	196	123	129	158	150
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	6 445	6 280	5 173	5 309	5 927	4 317	4 469	4 852	4 747
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)										
Baugenehmigungen	Anzahl	54 910	34 775	36 961	36 506	42 044	25 063	29 592	...	...
Wohnungen										
Handel										
Einzelhandel	1970 = 100	131	139	135	140	140	123 <sup>r</sup>	144 <sup>r</sup>	149 <sup>r</sup>	...
Umsatz										
Großhandel	1970 = 100	128	146	147	149	154	134	137 <sup>r</sup>	129 <sup>r</sup>	117 <sup>p</sup>
Umsatz										
Gastgewerbe	1970 = 100	166	173	171	174	188	111 <sup>r</sup>	123	126 <sup>p</sup>	...
Umsatz										
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	15 080	14 761	16 077	14 252	14 091	16 883	14 247
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	19 711	19 339	20 958	17 746	17 538	19 693	17 500
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	4 631	4 579	4 881	3 494	3 447	2 809	3 253

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	104	102	103	91	77	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	103	109	113	...	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	122	126	127	99	89	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	100	100	96	107	94	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	111	104	111	120	104	118	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	47 429	51 524	46 224	46 586	48 242	50 361	51 142	51 568	52 294 <sup>P</sup>
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	756 976	814 886	762 534	765 773	768 835	812 465	818 920	819 262	826 969 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	631 587	672 294	637 099	637 979	640 682	665 706	670 606	667 895	671 499 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	125 389	142 592	125 435	127 794	128 153	146 759	148 314	151 367	155 470 <sup>P</sup>
Einlagen von inländischen Nichtbanken 3)										
Spareinlagen	Mill. DM	592 618	637 091	589 866	594 409	596 898	632 196	634 136	635 964	640 316 <sup>P</sup>
Index der Aktienkurse	29.12.72=100	280 486	310 733	281 687	282 373	283 675	316 473	321 344	329 872	335 525 <sup>P</sup>
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	95,6	81,5	83,6	85,8	86,0	88,8	94,6	97,9	94,1
		70,8	64,2	64,3	63,2	62,6	69,8	69,8	69,6	69,9
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	8 385	9 311	11 635	5 461	5 635	5 642	11 224	5 098	5 313
Lohnsteuer	Mill. DM	5 105	5 997	4 109	4 679	5 284	4 704	3 996	4 121	4 952
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 152	4 326	2 625	4 046	4 179	4 985	4 059	4 087	4 392
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 938	2 779	2 402	2 488	2 652	3 255	2 619	2 584	2 796
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 812	2 794	2 652	1 558	2 768	2 785	2 485	1 500	2 872
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	118,8	...	118,0	114,5	114,0	120,5	122,6	123,8 <sup>P</sup>	125,9 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	139,8	...	143,5	143,0	143,3	150,5	150,5	151,5	152,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	126,7	127,9	129,1	134,6	134,6	135,3	135,4
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8	.	.	202,2	203,7 <sup>r</sup>	.	.	207,0
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5	.	.	144,6	145,5 <sup>r</sup>	.	.	147,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	125,2	125,9	126,7	132,0	132,6	133,6	134,4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,0	123,6	122,3	123,4	124,3	127,1	127,7	129,3	130,9
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	127,3	128,5	129,0	135,0	135,3	135,5	135,9
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	123,8	124,2	124,7	129,3	130,6	132,0	133,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	150,1	143,5	144,8	157,8	158,0	159,1	158,8
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	120,8	121,4	122,0	130,2	130,2	130,9	130,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	131,1	133,6	134,5	140,8	142,1	142,8	143,0
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	128,2	129,7	130,6	138,6	139,3	140,1	140,6
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	120,7	121,7	122,6	129,1	129,5	129,8	130,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	123,2	123,4	123,6	128,0	128,1	128,3	128,3
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	124,3	125,2	125,8	131,2	131,9	132,9	133,7
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	139,0	.	138,9	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	146,8	.	145,8	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	146,5	.	145,8	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	151,2	.	150,0	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	95,0	.	95,4	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	93,8	97,1	.	97,2	.	.	.	...	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).



### Industrieproduktion auch im Juni 1975 weiterhin beträchtlich unter Vorjahresstand

Gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex war im Juni 1975 gegenüber dem Vor- und Vorjahresmonat ein merklicher Rückgang der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion zu verzeichnen (— 2,8 bzw. — 12,6%). Für das erste Halbjahr 1975 wurde im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode eine Einbuße von — 9,7% ermittelt.

Nach Industriehauptgruppen differenziert, bewegten sich im Berichtsmonat die Veränderungen gegenüber Mai 1975 zwischen + 0,8% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sowie — 8,3% auf dem Verbrauchsgütersektor; gegenüber Juni 1974 wurden Veränderungen von — 4,5% bei der Nahrungs- und Genussmittelherstellung bis zu — 19,3% beim Grundstoff- und Produktionsgüterbereich festgestellt.

Von Januar bis Juni 1975 ergab sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1974 für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit — 15,8% die weitaus höchste Einbuße, wogegen der Investitionsgütersektor lediglich einen Rückgang um 0,6% auswies, was auf das außerordentlich günstige Ergebnis im Straßenfahrzeugbau (+ 32,7%) zurückzuführen ist. Unter den einzelnen Industriezweigen zeigten insbesondere die Chemie (— 19,6%), die Kunststoffverarbeitung (— 17,7%), die Mineralölverarbeitung (— 15,8%), die Feinkeramik (— 14,3%) und die Glasindustrie (— 14,2%) einen vergleichsweise starken Produktionsrückgang, während der Maschinenbau (— 4,2%) und die Schuhherstellung (— 4,0%) noch relativ günstig abschnitten. pe

### Baugenehmigungen auch im 1. Halbjahr 1975 stark rückläufig

Im ersten Halbjahr 1975 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 10 759 Baugenehmigungen für Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau erteilt; im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum lag das Ergebnis um rund 3 000 Wohnungen oder 22% niedriger. Dieser Rückgang ist nicht so stark wie vor einem Jahr; damals wurden in den ersten sechs Monaten 37% weniger Wohnungen genehmigt als im ersten Halbjahr 1973. Die allgemeine wirtschaftliche Situation bestimmte in entscheidendem Maße in der ersten Jahreshälfte 1975 das Verhalten der Bauwilligen, die 5 835 Wohngebäude (— 13%) errichten wollten. Die hierfür veranschlagten Baukosten erreichten 1,24 Mrd. DM (— 13%); im Durchschnitt lagen damit die Kosten pro Gebäude und Wohnung bei rund 212 000 bzw. 117 000 DM.

Eine etwas günstigere Entwicklung läßt sich im Nichtwohnbau erkennen. Obwohl die Zahl der genehmigten Gebäude (1 252) hier nur um 2% zunahm, wurde hinsichtlich des umbauten Raumes eine Steigerung um 25% auf 5,5 Mill. cbm ermittelt. Die veranschlagten Baukosten erreichten mit 920 Mill. DM einen Wert, der um 27% über dem des ersten Halbjahres 1974 lag. hw

### Modernisierung - neuer Schwerpunkt im Wohnungsbau

Neben dem Wohnungsneubau hat in letzter Zeit die Modernisierung von Altbauwohnungen verstärkt an Bedeutung gewonnen. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in der Erkenntnis, daß es sinnvoll sein kann, ältere Wohngebäude, deren baulicher Zustand noch gut ist, zu erhalten; ein anderer Grund ist in der ständigen Kostensteigerung für Wohnneu-

bauten zu sehen. In dem gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Modernisierungsprogramm 1975 stehen 288 Mill. DM hierfür zur Verfügung, davon 16,38 Mill. DM in Rheinland-Pfalz.

Insbesondere sollen Altbauwohnungen, die in bestimmten Modernisierungszonen liegen, in ihrer sanitären Ausstattung und Beheizung baulich verbessert werden. Bezogen auf Rheinland-Pfalz liegt auf diesem Gebiet - bedingt durch den hohen Altbaubestand - noch ein relativ großer Nachholbedarf vor. So verfügten 1972 nur 17% der vor 1949 errichteten Wohnungen über Bad, WC und Sammelheizung, 80% wurden mit Öfen beheizt. Wie aus der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 ersichtlich ist, sind die Hausbesitzer an der Erhaltung und Verbesserung ihres Bestandes interessiert. In 37 700 Wohngebäuden waren bauliche Verbesserungen, besonders hinsichtlich der Ausstattung, vorgesehen. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 175

### Starker Rückgang im Wohnungsbau 1974

In Rheinland-Pfalz wurden 1974 insgesamt 33 174 Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 38 356 im Jahre zuvor. Das Rekordergebnis des Jahres 1973 wurde damit um nicht weniger als 14% unterschritten. Unter Berücksichtigung der um 33% auf 26 394 gesunkenen Zahl der Baugenehmigungen im Berichtsjahr und des verminderten Bauüberhangs am Jahresende 1974 dürfte die Wohnungsbauleistung 1975 voraussichtlich knapp 31 000 Einheiten erreichen.

Während der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern um 9,3% auf 13 123 zurückging, ergab sich bei den Mehrfamilienhäusern sogar eine Reduzierung um fast ein Viertel auf 1 353. Befanden sich noch 1973 in jeder der beiden Gebäudekategorien annähernd gleich viele Wohnungen, so überwogen diese im Berichtsjahr in den Ein- und Zweifamilienhäusern mit 16 323 deutlich. Die in Mehrfamilienhäusern errichteten Wohnungen beliefen sich auf nur noch 13 924, das waren 3 782 weniger als im Jahr zuvor. Während sich die durchschnittliche Wohnfläche der neuerrichteten Wohnungen um 2,3 qm auf 94,3 qm erhöhte, blieb die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung mit 4,5 konstant. Über Zentralheizung und Bad verfügen schon 98% aller Wohnneubauten gegenüber 97% im Vorjahr. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung, welche 1973 um 9,5% angestiegen waren, erhöhten sich um 12% auf 85 955 DM. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich der Anteil der teuren Ein- und Zweifamilienhäuser erhöht hat. Für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern beliefen sich die veranschlagten reinen Baukosten auf 110 497 DM (+ 9,5%), für solche in Mehrfamilienhäusern hingegen nur auf 57 184 DM (+ 8,7%).

Die im Nichtwohnbau erstellten Gebäude beliefen sich auf 2 796, die darin befindlichen Wohnungen auf 616, das sind 6,0% weniger Gebäude und 16% mehr Wohnungen als 1973.

Der soziale Wohnungsbau verzeichnete 1974 einen Rückgang um 9,8% auf 4 125 Einheiten; der Anteil an den insgesamt in Rheinland-Pfalz errichteten Wohnungen blieb mit 12% unverändert.

Am Jahresende 1974 belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz auf 1 349 257 Einheiten. Zu diesem Zeitpunkt kam durchschnittlich eine Wohnung auf 2,7 Personen gegenüber 2,8 vor Jahresfrist. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 178



### **Geringer Anstieg der Unfallziffer im 1. Halbjahr 1975**

Während im Jahre 1974 insgesamt noch ein relativ starker Rückgang der Zahl der Unfälle auf den rheinland-pfälzischen Straßen (— 6,7%) zu beobachten war, brachte das erste Halbjahr 1975 wieder einen leichten Anstieg um 2,3%. Diese Entwicklung setzte allerdings schon im August 1974 mit einer Zunahme der Unfallziffer um 4,1% ein und gipfelte im Januar 1975 in einer extrem hohen Zuwachsrate von 13,9%. Die Situation im Januar dürfte in erster Linie noch auf den Einfluß der Energiekrise im entsprechenden Vorjahresmonat zurückzuführen sein, welche die Verkehrsteilnehmer zu einem sparsamen und damit langsamen Fahren bewegte. Am stärksten nahmen daher auch die schweren Unfälle zu. So erhöhte sich die Zahl der Personenschadens-Unfälle im Januar dieses Jahres gegenüber Januar 1974 um 25,1%, die Zahl der hierbei Getöteten sogar um 37,7%.

Ab Februar 1975 trat jedoch ein Wandel im Unfallgeschehen ein. Während die schweren Sachschadens-Unfälle, die mit + 33,8% ebenfalls im Januar einen Gipfelpunkt erreichten, im ganzen ersten Halbjahr relativ hohe Zuwachsraten gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten aufweisen, ging die Zahl der Personenschadens-Unfälle von Februar bis Juni gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,9% zurück. Die Zahl der dabei verunglückten Personen um 0,3% zurück. Die Zahl der Todesopfer erhöhte sich in diesem Zeitraum dagegen noch um 0,6%. Hier ist jedoch zwischen dem ersten und zweiten Quartal eine deutliche Zäsur zu erkennen. Während im ersten Quartal durchweg noch über 20% liegende Steigerungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum registriert wurden, nahm die Zahl der Verkehrstoten im zweiten Vierteljahr wieder ab. Der stärkste Rückgang konnte hier für den Monat Juni (— 25,7%) errechnet werden. Bei dem Anstieg der Unfälle mit Personenschaden im ersten Quartal 1975 ist insbesondere zu berücksichtigen, daß im entsprechenden Vergleichszeitraum des Jahres 1974 noch verschärfte Geschwindigkeitsbeschränkungen galten. mc

### **24 Millionenkonkurse im 1. Halbjahr 1975**

Im ersten Halbjahr 1975 wurden von den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten insgesamt 199 Fälle von Zahlungsschwierigkeiten, darunter 194 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse mit voraussichtlichen Forderungen in Höhe von zusammen 139 Mill. DM gemeldet. Damit erhöhte sich die Insolvenzziffer gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 21 Fälle, während sich im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1974 ein leichter Rückgang um 8 Insolvenzen ergibt.

Bei nahezu zwei Dritteln der in den ersten sechs Monaten 1975 registrierten Konkurse lehnten die Gerichte die Eröffnung eines Verfahrens mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse ab, während dies im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nur bei knapp über der Hälfte der Konkurse der Fall war.

Die Zahl der Millionenkonkurse belief sich auf 24 Fälle, die mit 112 Mill. DM allein 80% aller angemeldeten Forderungen auf sich vereinigten.

Von den 153 insolvent gewordenen Erwerbsunternehmen hatten 103, also zwei Drittel, weniger als acht Jahre bestanden. Die Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen ergibt, daß

mit 48 Insolvenzen die relativ meisten betroffenen Unternehmen auf das verarbeitende Gewerbe entfielen, gefolgt vom Baugewerbe und dem Handel mit je 34 Fällen. he

### **Höchste Veranlagungsdichte in Neustadt a. d. Weinstraße**

Die höchste Veranlagungsdichte, das ist die Zahl der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen in Relation zur Einwohnerzahl, wurde für Neustadt a.d. Weinstraße festgestellt, wo 1971 immerhin 142 Veranlagte auf 1 000 Einwohner kamen. Es folgen die Städte Mainz (137) und Landau (134).

Eine Differenzierung nach Einkunftsarten ergibt, daß die höchsten Einkünfte je Einwohner aus Land- und Forstwirtschaft im Landkreis Alzey-Worms erzielt wurden. Bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb ragt der Kreis Mainz-Bingen heraus, während die höchsten Pro-Kopf-Bezüge aus selbstständiger Arbeit - hierunter fallen die freiberuflichen Tätigkeiten - für die Städte Trier, Landau und Koblenz ermittelt wurden. Die je Einwohner errechneten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit waren bei den veranlagten Arbeitnehmern in Mainz (3 296 DM), Frankenthal (2 998 DM) und Ludwigshafen (2 733 DM) am höchsten. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 184

### **Lohnsteueraufkommen stagniert**

Die anhaltende Konjunkturschwäche und die Auswirkungen der Einkommensteuerreform bestimmten die Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1975. Das Aufkommen an staatlichen Steuern stieg um 3,7% auf 4 674 Mill. DM. Besonders betroffen war die Lohnsteuer, die nach den hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre nur noch um 1,1% auf 1 620 Mill. DM zunahm. Dagegen brachte der zweite Vorauszahlungstermin im Juni unerwartet hohe Mehreinnahmen bei den Veranlagungssteuern, so daß sich die Einnahmen des ersten Halbjahres insgesamt noch relativ günstig entwickelten. Die veranlagte Einkommensteuer konnte eine Zunahme von 6,6% auf 602 Mill. DM verzeichnen; die Körperschaftsteuer erbrachte mit 315 Mill. DM sogar 9,0% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen um 4,1% auf 1 241 Mill. DM. Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Einzelsteuern spiegelt die Abschwächung im Außenhandel wider; während die Umsatzsteuer um 6,5% auf 898 Mill. DM zunahm, ging die Einfuhrumsatzsteuer um 1,9% auf 344 Mill. DM zurück.

Die Einnahmen aus den Bundessteuern erhöhten sich um 3,7% auf 575 Mill. DM. Ausschlaggebend für die niedrige Zuwachsrate war der Wegfall der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, die in den neuen Einkommensteuertarif eingearbeitet ist. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsteuern stiegen um 8,8% auf 548 Mill. DM. Mindereinnahmen bei der Tabaksteuer und der Kaffeesteuer stand ein erheblicher Zuwachs bei den übrigen Verbrauchsteuern, insbesondere beim Branntweinmonopol, gegenüber. Die Einnahmen an reinen Landessteuern stiegen um 7,7% auf 300 Mill. DM. Die Vermögensteuer erbrachte 67 Mill. DM (+ 25,0%); diese Zunahme ist allerdings weitgehend auf zahlungstechnische Sondereinflüsse zurückzuführen. Die in den letzten Monaten eingetretene Erholung am Kraftfahrzeugmarkt ließ auch die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer wieder etwas stärker ansteigen; das Aufkommen erhöhte sich um 3,4% auf 165 Mill. DM. ly



228	229	230	231	232	233	STATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ BAND 111  PENDELWANDERUNG UND ARBEITZENTREN IN RHEINLAND-PFALZ 1970  ERGEBNISSE DER VOLKS- UND BERUFSZÄHLUNG 1970   HERAUSGEBE STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS 1974
Die Bevölkerung	Haushalts- und Familienstruktur	Wirtschaftliche und soziale Struktur der Bevölkerung	Ausbildungsstand der Bevölkerung	Wirtschaftliche, soziale und berufliche Gliederung der Erwerbstätigen	Pendelwanderung und Arbeitszentren	

## Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von Rheinland-Pfalz 1970

6 Bände, DIN A 4, 2 625 Seiten,  
Gesamtpreis DM 80, -

Vorliegende Bände geben ein Struktur-  
bild der Bevölkerung unter starker Be-  
tonung bildungsstatistischer Merkmale  
in sehr tiefer regionaler Gliederung  
mit 16 thematisch gegeneinander ab-  
gegrenzten Sachgebieten und einer ein-  
gehenden textlichen Interpretation.

Band 228	Die Bevölkerung	496 Seiten, DM 20, -
Band 229	Haushalts- und Familienstruktur	247 Seiten, DM 14, 50
Band 230	Wirtschaftliche und soziale Struktur der Bevölkerung	200 Seiten, DM 11, -
Band 231	Ausbildungsstand der Bevölkerung	428 Seiten, DM 20, 50
Band 232	Wirtschaftliche, soziale und berufliche Gliederung der Erwerbstätigen	623 Seiten, DM 22, 50
Band 233	Pendelwanderung und Arbeitszentren	648 Seiten, DM 22, 50

 Bei Abnahme aller 6 Bände Gesamtpreis DM 80,-- statt DM 111,--

### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	φ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahr-  
gang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder  
Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zu-  
stellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45  
Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.